

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 10 M. monatl. Einzelne Nr. 40 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 4 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 8 M., unter Eingehalt 10 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsab-schluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 9

Mittwoch, 11. Januar

1922

Ein Jahr sächsischer Politik.

Jahresrückblick.

(Finanzministerium.)

In der Erkenntnis, daß ein wirtschaftliches Arbeiten der staatlichen Verbände Betriebe und die Erzielung möglichst hoher Gewinne nur zu erreichen ist, wenn die Betriebe nach gesunden kaufmännischen Grundsätzen ausgeführt und geleitet werden, hat das Finanzministerium für diese Betriebe vom 1. April 1921 an die kaufmännische doppelte Buchführung statt der bisher vorgeschriebenen kameralistischen eingeführt. Durch diese Maßnahme, die bei der staatlichen Elektrizitätsverwaltung schon von jeher üblich war und sich dort aufs Beste bewährt hat, hofft das Finanzministerium, die Betriebe beweglicher und an die wechselnden wirtschaftlichen Verhältnisse anpassungsfähiger zu gestalten. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der Betriebe werden hierdurch übersichtlicher, und es wird möglich, bei der Bewertung der Betriebsanlagen und Vorräte, bei den Abschreibungen und Rücklagen und bei der Ermittlung des Betriebsergebnisses nach den sonst im kaufmännischen Leben üblichen Grundsätzen zu verfahren.

Damit im Zusammenhang steht, daß in dem einkünftigen Staatshaushaltsplan für die staatlichen Betriebe nicht mehr sämtliche einzelnen Einnahmen und Ausgaben, sondern nur die voraussichtlichen Jahresgewinne aufgenommen, die zu neuen Kapitalanlagen des Staates bestimmten Beträge aber im außerordentlichen Staatshaushaltsplan aufgeführt werden.

Die Entwicklung der staatlichen Betriebe ist im Jahre 1921 erfreulich fortgeschritten.

Die innere Organisation der staatlichen Elektrizitätswirtschaft ist im großen und ganzen abgeschlossen, und die günstigen Ergebnisse der vergangenen Jahre lassen ein weiteres Gedeihen der staatlichen Unternehmen hoffen.

Da der Bedarf an elektrischem Strom und die Nachfrage nach Strom ständig steigt, hat es sich die Regierung zur Aufgabe gemacht, zum Nutzen der sächsischen Volkswirtschaft in unmittelbarer Nähe der umfangreichen staatlichen Kohlenfelder die Kohle in großen Kraftwerken in elektrischen Strom zu verwandeln und diesen ab dann über Fernleitungen und Umspannwerke dem Verbrauch zuzuführen, da dieses Verfahren als die billigste Art der Gewinnung elektrischen Stroms erkannt worden ist.

Der Bau der großen Neuanlagen ist im vergangenen Jahre rüstig fortgeschritten. Im Kraftwerk Hirschfelde sind die neuen Maschinen und Umspanner mit einer Leistungsfähigkeit von 40000 Kilowatt betriebsbereit, ein dritter Maschinenjag von 20000 KW Leistung ist bestellt, die Fernleitung Hirschfelde—Dresden ist ebenso wie das große Umspannwerk Dresden—Eibitz mit der normalen Spannung von 100000 Volt in Betrieb genommen worden. Das staatliche Elektrizitätswerk Pöna wird seinen gesamten Strombedarf von Hirschfelde beziehen und die eigenen Anlagen, die künftig nur noch zur Hilfe dienen, demnächst stilllegen können. Auch die Gemeindewerke in Ostschlesien, vor allem in Bautzen, Löbau, Großschönau, Obergersdorf und Zittau werden künftig den größten Teil ihres stetig wachsenden Strombedarfs von Hirschfelde beziehen. Die Stromlieferung nach Schlesien hat bereits begonnen. Der Bau der Fernleitung Dresden—Silberstraße ist in Angriff genommen, ebenso der Bau der Hochspannung Dresden—Großenhain an die von dem Reichswerk Lauta nach Großenhain führende 100000 Voltleitung. Auch im Westen Sachsens wird eine Anzahl Leitungsanlagen gebaut, insbesondere um die Elektrizitätswerke der Holzgesellschaften, an denen der Staat beteiligt ist, untereinander zu verbinden und sie an die sächsische staatliche Hochspannungsleitung Hirschfelde—Dresden—Herbstgrün anzuschließen.

Sämtliche größeren Privatunternehmungen der sächsischen Elektrizitätswirtschaft sind, seitdem der Staat im vergangenen Jahre die Hälfte des Aktienkapitals der sächsischen Elektrizitätslieferungs-gesellschaft erworben hat, in das staatliche Unternehmen einbezogen.

Für die nächste Zeit ist als Hauptaufgabe der

Beginn des Baues des Kraftwerkes Köhlen in Aussicht genommen, um baldigst die für den Westen Sachsens nötigen Strommengen zur Verfügung stellen zu können. Die Aufwendung der hierzu erforderlichen Mittel dient dem Interesse der gesamten Volkswirtschaft, indem damit verhindert wird, daß überall im Lande verstreut kleine elektrische Anlagen und Erweiterungen solcher Anlagen geschaffen werden, deren Baukosten verhältnismäßig bedeutend höher sind, als die der großen staatlichen Anlagen, und die auch wegen der teuren Zufuhr teurer Kohle unwirtschaftlicher arbeiten.

Den von zahlreichen Seiten auftauchenden Wünschen nach Eröffnung weiterer Kraftwagenlinien ist das Finanzministerium beizustimmen, nach dem es im Laufe des Jahres 1921 auf über 50 gestiegen. Zur Vermeidung größerer Verluste ist es allerdings anderwärts nötig geworden, einige Linien, bei denen ständig beträchtlich zugelegt wurde, einzustellen.

Die wirtschaftliche und technische Verbesserung der Betriebe der Bergverwaltung ist im Jahre 1921 erheblich gefördert worden. So ist bei den Kalkwerken der Umbau der Bremsen in Angriff genommen worden, um eine Verbesserung der Kalkherstellung und eine Verringerung der Betriebskosten zu erreichen. Beim Kalkwerke Herrmsdorf, das verworrenen weichen Kalkmergel, wurde mit Erfolg dazu übergegangen, diesen Kalkmergel zu gewinnen und in den Handel zu bringen.

Bei der Porzellanmanufaktur sind neue Kunstporzelle hergestellt worden, die im Jahre 1921 öffentlich ausgestellt werden sollen. Für Familienwohnungen für Beamte und Arbeiter, für Ankleide- und Speisestube und für Fäder sind dort größere Bauten begonnen oder fertiggestellt worden.

Bei dem Steinbrunnwerk Gauderode ist zur Verstärkung des Kohlenaufbringens die Förderung auf alle drei Drittel ausgedehnt worden.

Bei den staatlichen Braunkohlenwerken ist in Hirschfelde der Übergang vom Klein- zum Großbetrieb im Jahre 1921 nahezu zum Abschluß gelangt. Zur möglichst weitgehenden Sicherung des Betriebes, zur Entlastung der Kohle und um einer möglichst großen Zahl von Arbeitern Beschäftigung zu geben, wurden die Arbeitsarbeiten besonders stark betrieben; es ist dadurch gelungen, eine große Kohlenmenge für den Abbau freizulegen. Fertiggestellt wurde die Hirschfelde-Hochflutbrücke und damit die unmittelbare Wegeverbindung zwischen Hirschfelde und Giesmannsdorf. Weiter wurde eine größere Anzahl Arbeiter- und Beamtenwohnungen errichtet.

Beim Werke Partha wurde ebenfalls zur Beschäftigung möglichst vieler Arbeitskräfte der Abbau so stark betrieben, daß für mehrere Jahre Kohlenvorrat abgedeckt ist. Bei den Werken Obergersdorf und Leipzig wurden Verbesserungen getroffen, um den Betrieb so wirtschaftlich wie möglich zu gestalten.

Bei dem neueröffneten Braunkohlenwerk Köhlen wurde Anfang April 1921 der erste Spatenstich getan und bis zum Jahreschluß eine Menge von rund 1 Mill. cbm Abbau ausgebeigert. Ferner wurden die Einrichtungen zur raschen Fortsetzung des Aufschlusses vervollständigt, die Elektrifizierung vorbereitet und ein Magazingebäude aufgeführt. Außerdem wurden 30 Wohnungen für Beamte und Arbeiter durch Neu- und Umbauten bereitgestellt. Die Belegschaft bestand gegen Ende des Jahres 1921 aus 800 Mann, fast ausschließlich Arbeitlosen des Leipziger Bezirks.

Bei den staatlichen Hüttenwerken wurden wegen der gegen früher wesentlich veränderten allgemeinen Wirtschaftslage verschiedene Betriebsumstellungen nötig.

Beim Bergamt in Freiberg und bei den Berginspektionen Zwickau, Stollberg und Leipzig ist für die Dienstgeschäfte, die den Schatz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter und

Arbeiterwohlfahrtspflege betreffen, aus dem Kreise der Bergarbeiter je ein Beirat angefügt worden. Hiermit wurde einem seit langer Zeit geltend gemachten Wünsche der Bergarbeiterschaft entsprochen.

Das Verhältnis zwischen den bei den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern, Angestellten und Beamten war dauernd gut und eröffnet auch für die Zukunft erfreuliche Aussichten.

Lebhaft war die Tätigkeit der staatlichen Hochbauverwaltung, die sich neben anderen größeren Arbeiten (Rebauten von Instituten bei den Hochschulen und Staatslehranstalten) besonders an der Wohnungsfürsorge durch den Bau einer größeren Anzahl von Wohnhäusern für Forstbeamte und Waldarbeiter und durch zahlreiche Wohnungsbauarbeiten in Staatsgebäuden sowie durch Aufstellung von Planungen für Gendarmerie-Stellungen und für eine Stedlung für Professoren und Studenten in Leipzig betätigt hat.

Die staatliche Straßenbauverwaltung ist im vergangenen Jahre mit Erfolg bemüht gewesen, die Staatsstraßen mehr und mehr den Erfordernissen des neuzeitlichen Verkehrs anzupassen. Sie hatte bei Durchführung ihrer Aufgaben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da durch die außerordentliche Steigerung des Kraftstoffverbrauchs und die Einrichtung zahlreicher neuer Kraftwagenlinien die Fahrkosten außerordentlich rasch abgenommen wurden.

Im Bereiche der staatlichen Wasserbauverwaltung vollzog sich infolgedessen eine bedeutende Wendung, als am 1. April 1921 gemäß den Bestimmungen der Reichsverfassung die dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen und damit auch der in Sachsen gelegene Teil der Elbe auf das Reich übergingen, nachdem nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern mit Wasserstraßenbesitz eine vorläufige Einigung über die dabei in Betracht kommenden Fragen erzielt worden war. Die getroffenen Vereinbarungen wurden in einem Staatsvertrag festgelegt, der unter dem 7. Juli 1921 als Gesetz mit Wirkung vom 1. April 1921 in Kraft getreten ist. Über die hierbei noch offenen Fragen wurden weitere Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium im November 1921 aufgenommen.

Gleichzeitig wurden die Verhandlungen über die Finanzierung des Mittelatlantiks zwischen dem Reich und den an diesem Unternehmen beteiligten Ländern fortgesetzt, an denen Sachsen namentlich wegen des Baues des Elster—Saale-Kanals wesentlich interessiert ist.

Anfang Oktober 1921 wurde mit den Bauarbeiten für den Schutzhafen Pöna-Berndtschleife begonnen, wodurch eine größere Anzahl Erwerbsloser Beschäftigung fand. Die Kosten dieses Hafenhanges trägt das Reich auf Grund des erwähnten Staatsvertrags. Von sonstigen wichtigen Bauten sei noch die Fortsetzung der im Herbst 1920 begonnenen Bauarbeiten an der Talpforte bei Müdenberg i. S. erwähnt, die einer Anzahl Erwerbsloser des Vogtlandes Beschäftigung boten.

Auf finanziellen Gebiete ist der Staat vom Reich durch Wegnahme der Einkommensteuer und der Vermögenssteuer fast befreit worden. Das Finanzministerium mußte sich daher damit begnügen, die dem Staat verbleibenden Steuern weiter anzukuhnen. Demgemäß sind die Steuern bei der staatlichen Stempelsteuer und der Steuer vom Gewerbetriebe in Umberziehen durch entsprechende Abänderungsgesetze erhöht worden. Aus sozialen Rücksichten ist die Steuererhöhung zur Vermeidung jeglicher Härten in sehr mäßigen Grenzen gehalten worden. Da die Staatsgrundsteuer, die noch nach Aufgabe des Gesetzes vom 9. September 1913 erhoben wird, gänzlich veraltet war und schon seit langem keine gleichmäßige Belastung des sächsischen und ländlichen Grundbesitzes mehr darstellte, war ihre vollständige Umgestaltung schon seit Jahren ein dringendes Erfordernis. Dieses ist im vergangenen Jahre durch Gesetz des neuen Grundsteuer-

Der neue Zahlungsplan.

Es war voraussehen, daß der Oberste Rat an die Beratung des deutschen Reparationsproblems nicht eher herangehen würde, als bis zwischen den verhandelnden Mächten auf dem Wege interner, offizieller Verhandlungen die Einigung in den Grundzügen erreicht war. Am gestrigen Montag hat der Oberste Rat die Reparationsfrage auf die Tagesordnung gesetzt. Aber gestern war auch schon der neue Zahlungsplan, den man Deutschland an Stelle des Londoner Planes aufzwingen will, fertig. Die Aufgabe der deutschen Delegation, deren Anhalten das auf die psychologische Wirkung in Deutschland und bei den Neutralen eingestrichelte diplomatische Geiselschiff Georges noch für nötig hielt, wird sich nur noch auf Einzelheiten der Durchführung des neuen Reparationsprogramms beziehen. Und selbst wenn Frankreich seinen Wunsch, auch dieses neue Programm Deutschland in Gestalt eines Ultimatum vorzuschreiben, nicht durchsetzt, einfach, weil Lloyd George die Rolle des Brennan nicht liebt, so ist es doch Tatsache, daß deutsche Einwendungen auch diesmal, so wenig wie jeherzeit in London, an dem Grundcharakter des zwischen England, Frankreich und Belgien getroffenen Abkommens über die deutschen Zahlungen etwas ändern können. Wenn unsere Delegierten am nächsten Donnerstag in Cannes zu Worte kommen, wird das englisch-französisch-belgische Kompromiß schon fertig sein.

Das Ergebnis von Cannes ist eine wesentliche Ermäßigung der deutschen Zahlungen, die für das Jahr 1922 gemäß dem nunmehr mit Belgien vereinbarten Kompromiß auf 700 (ursprünglich auf 500) Millionen Goldmark festgesetzt werden. Das ist eine Herabsetzung des Londoner Zahlungsplanes um 65 Prozent. Von fast ebenso großem Werte ist die vereinbarte Begrenzung der Kosten für die Besatzungstruppen auf 220 Millionen Goldmark jährlich, obwohl gerade über diesen Punkt die Einigung zwischen den Alliierten noch etwas lückenhaft zu sein scheint. Diesem bemerkenswerten Entgegenkommen gegenüber Deutschland stehen aber die sieben Bedingungen entgegen, von deren Erfüllung es im wesentlichen abhängen wird, ob der neue Zahlungsplan wirklich die deutsche Reparationsfähigkeit endlich zu sichern imstande ist. In den sieben Bedingungen, von denen Annahme durch Deutschland die Herabsetzung der Zahlungen abhängig gemacht wird, treten zwei Tendenzen besonders bemerkbar hervor. Die eine will das deutsche Budget von den großen Lasten befreien, die bisher seine Bilanzierung unendlich machten. Dazwischen gehören die Erhebung der deutschen Zölle in Goldmark, die Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife, die Reform des Reichshaushalts, die Verhinderung der Kapitalabwanderung ins Ausland. In gewissem Zusammenhange hiermit stehen aber auch die Forderungen, die direkt eine Herabsetzung der deutschen Belastung zum Ziel haben, wie z. B. die Einschränkung des Papiergeldumlaufs, die Wiederherbeibringung der ins Ausland abgeführten Devisen und die Reform der Reichsbank. Aber schon diese Maßnahmen haben teilweise die fatale Nebenwirkung, die Lebenshaltung des deutschen Volkes zu verteuern und durch Steigerung der Rohstoffkosten und der Lohnkosten die Inlandspreise heraufzuziehen, also die Inflation im Innern noch zu vermehren. Diese Wirkung muß besonders durch diejenigen Forderungen ausgeübt werden, die ganz offen die Tendenz einer Schwächung des deutschen Wettbewerbs gegenüber dem englischen Handel zur Schau tragen. Am deutlichsten tritt diese Folgewirkung bei dem Verlangen weiterer Erhöhungen der deutschen Kohlenpreise in die Erscheinung.

Geht man die sieben Bedingungen im einzelnen durch, so kommt man schließlich zu dem Ergebnis, daß sie fast alle in ihren Auswirkungen verteuern auf die deutsche Produktion und damit auf die deutschen Waren wirken werden. Hierin liegt eine neue große Gefahr auch für Deutschlands Reparationsfähigkeit. Erhöhungen der Zölle, der Posttarife und des Kohlenpreises bedeuten zusammen eine ungeheure Belastung der deutschen Industrie. Man ist sich heute in England längst klar darüber, daß wir die Reparationen, wenn überhaupt, ganz allein aus den Erträgen unserer industriellen Arbeit bezahlen können. Welchen Sinn hat es also, einerseits unsere Reparations-

(Fortsetzung Seite 2.)

Ein Jahr sächsischer Politik.

(Fortsetzung von Seite 1.)

schlungen herabzusetzen, auf der anderen Seite aber durch Befähigung unserer Produktion unsere Reparationsfähigkeit noch weiter zu stärken? Treibt man Deutschland auf diesem Wege aus der Finanzkrise, die den Zusammenbruch des alten Reparationsprogramms herbeigeführt hat, in eine Wirtschaftskrise, so wird auch der neue Reparationsplan sich ebenso schnell als unerfüllbar erweisen wie der alte.

Wenn die ganze Reform des Londoner Zahlungsplanes einen Zweck haben soll, so muß sie eine Hebung und Stabilisierung des Marktwertes zur Folge haben. Die letzte Marktwertkatastrophe war eine Folge überhöhter Reparationszahlungen in Gestalt von Devisen, die weit mehr Devisen verschlangen, als wir im Produktionsprozeß erwarten. Wir geben zu viel Devisen hin, daß wir nicht mehr genug besitzen, um unseren Konsumbedarf zu erneuern. Infolgedessen sank der internationale Marktwert so tief, daß dadurch der englische Handel und die englische Produktion ernstlich gefährdet wurden. Lloyd George will deswegen jetzt durch Herabsetzung unserer Devisenleistungen den Marktwert heben. Aber wenn gleichzeitig durch die Bedingungen, an welche die Herabsetzung geknüpft wird, der deutsche Handel und die deutsche Produktion so beträchtlich beeinträchtigt werden, daß unsere Einnahmen an Auslandseinnahmen erheblich vermindert werden, so wird auch unsere Reparationsfähigkeit weiter geschwächt, und von einer Hebung der Markts kann in diesem Falle nicht mehr die Rede sein. Es ist nicht leicht für Lloyd George, hier zwischen der Gefahr einer englischen Wirtschaftskrise und der Gefahr einer deutschen Wirtschaftskrise wohlüberlegt zu entscheiden. Die Aufgabe ist um so schwerer, wenn der französische Verweigerung jeden Entgegenkommens, jedes Besichtigens auf vermeintliche Rechte aus einem mit dem Brennuschwert hoch erzwungenen Friedensvertrages. Wir kennen die Gestaltung der sieben Bedingungen des Obersten Rates im einzelnen noch nicht und dürfen vielleicht auch noch hoffen, daß wenigstens bei ihrer Formulierung die deutschen Delegierten noch gehört werden. Nimmt uns das Kompromiß in Cannes jedoch das, was es mit der einen Hand gewährt, mit der anderen wieder weg, dann wird ihm keine längere Lebenskraft beschieden sein, als dem Londoner Vertrag. In diesem Falle aber darf Deutschland auch unter den neuen Zahlungsplan und die neuen Bedingungen freiwillig seine Unterschrift nicht setzen. Es muß vielmehr sehr sorgfältig geprüft werden, ob wir diese Bedingungen erfüllen und doch in Höhe des vollen Zahlungsplanes noch zahlungsfähig bleiben können. Ist das nicht der Fall, so müssen wir den Obersten Rat vor die Wahl stellen, dem Herzogswünsche Briand's entsprechend, aufs neue zu billigen, um nach einiger Zeit aufs neue zu revidieren, oder aber sogleich mit den deutschen Vertretern solche Bedingungen für die Zahlungsermäßigungen festzusetzen, die unserem Wirtschaftskörper keine neuen unerträglichen Belastungen auferlegen. Ein Erlegen der Markts als Folge der Konferenz von Cannes wäre gewiß für Deutschland sehr schmerzhaft. Aber es darf nicht erlaubt werden durch eine Erhöhung unserer Warenpreise auf dem Auslandsmarkt, deren Folge ein Zusammenbruch unserer Produktion und unseres Arbeitsmarktes sein möchte.

Dresden, 10. Januar.

Die Abfahrt der deutschen Delegation nach Paris.

Das Reichskabinett hielt gestern vormittag eine Sitzung ab, an welcher der Führer der

gelesen vom 7. Oktober 1921 erfüllt worden. Durch die neue Grundsteuer, die am 1. Juli 1922 in Hebung treten soll, werden nicht nur die erforderlichen höheren Steuereinnahmen erlangt werden, sondern es wird auch eine sozial gerechte und gleichmäßige Belastung des sächsischen und ländlichen Grundbesitzes in ganz Sachsen herbeigeführt werden. Auch die Unterschiede, die jetzt noch in der Belastung des Grundbesitzes durch die auf verschiedenen Systemen aufgebauten und in den einzelnen Gemeinden mit verschiedenen hohen Steuerhöhen erhabenen Gemeindegrundsteuern bestehen, werden durch die neue Staatsgrundsteuer beseitigt, denn mit ihrer Inhebungsetzung treten die Gemeindegrundsteuern außer Kraft. Die Gemeinden werden gleichmäßig an der neuen Staatsgrundsteuer mit der Hälfte des Ertrags beteiligt und erhalten zu ihr ein beschränktes Zuschlagsrecht bis zu 25 Proz. Wenn auch in einem Industriestaat wie Sachsen der Einführung einer Gewerbesteuer an sich große Bedenken entgegenstehen, so wurde sie doch zur unbedingten Notwendigkeit infolge des fortgesetzten steigenden Einnahmehabens des Staates und des reichsgesetzlich festgelegten Zwanges der Länder, die ihnen überlassenen Steuerquellen voll auszunutzen. Das Finanzministerium hat sich aber bemüht, das Gewerbesteuergesetz, das am 6. Oktober 1921 erlassen worden ist und vom 1. April 1922 ab in Wirkung treten wird, so sozial und gerecht wie nur möglich auszugestalten und Härten dadurch zu vermeiden, daß Gewerbebetriebe mit geringem Ertrag und niedrigem Betriebskapital von der Gewerbesteuer freigestellt werden. Auch an dieser Steuer werden die Gemeinden vorläufig mit der Hälfte des Ertrags beteiligt und erhalten zu ihr ein beschränktes Zuschlagsrecht bis zu 25 Proz.; sie dürfen aber vom 1. April 1922 ab Gemeindegewerbesteuer nicht mehr erheben. Von diesem Zeitpunkt ab werden also alle Gewerbebetriebe in ganz Sachsen gleichmäßig zur Gewerbesteuer herangezogen werden.

An den zahlreichen neuen Reichsgesetzen und Abänderungsgesetzen zu Reichsgesetzen, die von der Reichsregierung im ver-

gangenen Jahre dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt worden sind, hat das Finanzministerium in weitgehendem Umfange durch Begünstigung und Ausarbeitung von Abänderungsanträgen mitgearbeitet. Das Finanzministerium ist bei seiner Stellungnahme zu den betreffenden Gesetzentwürfen von dem Grundgedanken ausgegangen, daß eine starke Heranziehung des Volkes zu den direkten Steuern, insbesondere den Vermögenssteuern, im Hinblick auf die Finanzlage des Reiches und auf die starke Belastung des gesamten Volkes mit indirekten Steuern unerlässlich notwendig ist, und daß eine weitere Erhöhung der indirekten, den Konsum belastenden Steuern nur zulässig wird, wenn auch der Volkswirtschaft durch die Reduzierung des Verbrauchs des Reiches beizutragen.

Endlich hat das Finanzministerium im vergangenen Jahre den Anteil der Gemeinden an den vom Reich an den Staat abgelieferten Reichseinkommensteuerverträgen, so oft dies möglich war, in schwierigen und zeitraubendem Rechnungswert unter die Gemeinden verteilt und sich bemüht, durch möglichst schnelle Durchführung der Verteilungen den Gemeinden die dringend benötigten Mittel zuzuführen.

Die hier aufgeführten Gesetzesänderungen und Reformen werden hoffentlich dazu beitragen, die Wege zu ebnen, die zu einem noch erfolgreicherem Arbeiten führen. Trotz der Vereinfachung der Einnahmen und Wassertrahen, trotz der Abgabe der Steuerhoheit an das Reich sind dem Finanzministerium noch Aufgaben genug verblieben, deren für das Land ertragreiche Lösung nur gefunden werden kann, wenn auch die, die Ansprüche an den Staat stellen, eine Politik des Wohlwollens befolgen. Wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, die im Laufe der letzten Jahre entstanden sind, in Rechnung zu stellen, Konsequenzen ziehen aus Tatsachen und Staatnotwendigkeiten — das wird Aufgabe aller derer sein müssen, die mitzuarbeiten haben am Wohle des Volksganges.

deutschen Delegation für Cannes Dr. Rathenau teilnahm. In der Sitzung wurden nochmals die Vollmachten erörtert, die den deutschen Delegierten für die Konferenz erteilt werden sollen. Die Abfahrt der deutschen Delegierten nach Paris erfolgte am 12. Uhr nachmittags. Sie werden sich von dort wahrscheinlich heute nacht nach Cannes begeben, wo sie voraussichtlich morgen, Mittwoch, eintreffen werden.

(Eigene Meldung.)

In Berliner parlamentarischen Kreisen schreibt man einerseits des Entgegenkommens Englands in Cannes den Erfolgen Dr. Rathenau's und seinen Verhandlungen in London mit Lloyd George und Lloyd George zu. Namentlich in den Kreisen der Demokraten und im Zentrum weist man darauf hin, daß die Haltung Lloyd Georges von seiner Besprechung mit Dr. Rathenau entscheidend beeinflusst worden sei. Der Umstand, daß Dr. Rathenau als Führer der deutschen Delegation nach Cannes entsandt wird, gilt diesen Parlamentariern als Beweis ihrer Auffassung. Dr.

Rathenau's Ansehen hat infolgedessen in den Oppositionsparteien bedeutend gewonnen. Man brügl ihm das Vertrauen entgegen, daß er auch bei den Verhandlungen in Cannes günstige Ergebnisse zeitigen werde. Im übrigen heißt es, daß Dr. Rathenau der Regierung gestern einen sehr günstigen Bericht über seine Tätigkeit in Paris geben konnte.

Die deutsche Handelsvertretung in Moskau.

Die Nachricht eines Blattes, daß die deutsche Handelsvertretung in Moskau demnächst in eine Gesandtschaft umgewandelt werde, ist, wie von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, unzutreffend. Dr. Wiedenfeld geht in seiner alten Eigenschaft als Chef der Handelsvertretung nach Moskau zurück. In Petersburg wird eine Nebenstelle der Moskauer deutschen Handelsvertretung eröffnet.

Der Wiederzusammentritt des Reichstages.

(Eigene Meldung.)
An dem Arbeitsplan des Reichstages hat sich

nicht verändert. Die Ergebnisse der Konferenz von Cannes werden innerhalb der Fraktionen und Ausschüsse natürlich eingehend durchgesprochen werden. Das Plenum selbst dürfte wahrscheinlich frühestens am 19. Januar zusammentreten.

Besprechungen der Finanzminister der Länder.

(Eigene Meldung.)
Im Reichsfinanzministerium traten gestern nachmittag die Finanzminister der Länder zu einer Konferenz zusammen, die sich mit den wichtigsten gegenwärtigen Finanzproblemen beschäftigte. An erster Stelle der Beratungen stand die Frage der Gewährung neuer Zuweisungsbefugnisse an die Beamten- und Arbeiterkräfte des Reiches und der Länder. Das Ergebnis dieser Besprechungen soll die Grundlage bilden für die heute zwischen Reichsregierung und Beamten- und Arbeitervertretern im Reichsfinanzministerium beginnenden Besprechungen in dieser Angelegenheit. Verhandlungen mit den Vertretern der Kommunalbehörden sind nebenhergegangen. Es wird versichert, daß Reichsfinanzminister Dr. Hernes die Verbindlichkeitsklärung neuer Jugendbündnisse an Beamten und Arbeiter dem Reichstage überlassen will.

Der Reichshaushalt für 1922.

Aber den Reichshaushalt für 1922 werden jetzt nähere Angaben veröffentlicht. Obgleich die wichtigsten Zahlen bereits bekannt sind, erscheinen die neuen Mittelungen doch recht bemerkenswert. Wie schon gemeldet wurde, stellt sich der ungedeckte und auf Anleihe zu übernehmende Ausgabebedarf wie folgt: Allgemeine Reichsverwaltung 3127 Mill. M., Betriebsverwaltungen 11015 Mill. M., Ausführung des Friedensvertrages 210186 Mill. M., zusammen 224338 Mill. M. Danach würden also etwa 93 Proz. des Defizits im Jahre 1922 für Reparationszahlungen auszugeben sein und es erhebt sich die Frage, ob diese Summe ausreichen wird, denn sie ist abhängig vom Stand der Valuta. Bei der Aufstellung des Etats ist die Goldmark — 60 Papiermark berechnet worden. Der im Etat der allgemeinen Reichsverwaltung veranschlagte Fehlbetrag von 3127 Mill. M. fällt in den außerordentlichen Etat. Die ordentlichen Einnahmen selbst ergeben einen Überschuß von 18 Milliarden M., der ausreichen würde, um das gesamte innere Defizit von 14,1 Milliarden M. zu decken. Die günstige Lage des ordentlichen Haushalts ist darauf zurückzuführen, daß die neuen Steuern, die dem Reichstag gegenwärtig noch zur Beratung vorliegen, weit höhere Einnahmen erbringen werden, als das Steuerreformgesetz des vergangenen Jahres brachte. Die laufenden Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung stellen sich im neuen Etat auf 82959 Mill. M., also um rund 23 500 Mill. M. mehr als im Jahre 1921. Dagegen sind bei den einmaligen Ausgaben bedeutende Ersparnisse in Aussicht genommen worden, wodurch deren Höhe von 2842 Mill. M. im Jahre auf 2290 Mill. M. ermäßigt wird. Die beträchtliche Verminderung der außerordentlichen Ausgaben ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Zuschüsse zur Bewilligung von Lebens- und Futtermitteln weggefallen sind, daß weiter ein Posten für Beiträge aus der Übergangswirtschaft und ein weiterer Posten für Zuschüsse zur Errichtung von Bergmannswohnungen in Wegfall gekommen sind.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 10. Januar.

Telepathie.

Von Dr. Georg Strelitzer.

Von okkultistischen Dingen ist gerade jetzt wieder viel die Rede; sogar unsere Gerichte haben sich in letzter Zeit öfter mit „Spurzeichnungen“ zu befassen gehabt, ohne daß dadurch das Rätsel dieser Phänomene gelöst werden konnte. Wenn nun darin die Spiritisten einen Beweis sehen, daß es eine übernatürliche Welt in ihrem Sinne gibt, so, daß damit die Erzählung von Geistern als Tatsache angenommen werden muß, so geht dies natürlich zu weit. Bewiesen ist doch nur, daß es Dinge außerhalb unseres allgemeinen Bewußtseins gibt, die aber bei empfänglichen Personen unter gewissen Voraussetzungen ins Bewußtsein rücken. In seiner letzten erschienenen Broschüre „Der Spuk im Hopsgarten“, meint Dr. Fritz v. Schrenck-Boring: „Selbst wenn in einzelnen Fällen besterliche Handlungen in abnormer Bewußtseinsverfassung vorgenommen wurden, so sind doch diese möglichen Ereignisse in ihrer Gesamtheit keineswegs durch Schwindel erklärlich. In allen Fällen scheinen gewisse Einflüsse an den Dertlichkeiten zu wirken, die dann wahrscheinlich durch die Anwesenheit einer mediumistisch veranlagten Person lebendig werden.“ So haben Beobachtungen gezeigt, daß die meisten „Spurzeichnungen“ auf einem Boden stehen, der auch auf die Wünsche der einen starken Einfluß ausübt. Gewöhnlich handelt es sich da um unterirdische Strömungen oder Wasseradren, die bei besonders veranlagten Menschen die bekannten Wahrnehmungsvorstellungen oder Halluzinationen hervorufen. Nebel, mit Elektrizität geladene Atmosphäre u. a., tragen das ihre zur Erzeugung der bekannten „Geisterstimme“ bei. Es liegen demnach physikalische Ursachen vor, und so hat man es in solchen Fällen auch in der größeren Mehrzahl

mit dadurch hervorgerufenen Nervenerregungen und Übererregungen zu tun, keinesfalls aber mit überirdischen Erscheinungen. Ein großer Teil des spiritistischen Beweismaterials gehört in das Gebiet der Telepathie, deren Wirkungen durch Tausende von Beispielen festgelegt, deren wesentlichen Wesen aber infolge der Komplexität des Seelenlebens — ich sage absichtlich nicht bei, des menschlichen, da auch bei höher organisierten Tieren telepathische Erscheinungen nachgewiesen wurden — bisher nicht aufgeklärt werden konnte. Während man aber in Geisteskreisen bisher die Rätsel der telepathischen Erscheinungen nach den physikalischen Gesetzen zu lösen versuchte, also im allgemeinen eine materialistisch-materiellistische Auffassung, wenn man so sagen darf, zur Geltung brachte, neigen sich in letzter Zeit auch viele Wissenschaftler einer mehr okkultistischen Anschauung zu, indem sie das Physische als das primäre Gegebene und damit den Anspruch des Monismus, alles auf ein physisches Grundprinzip zurückzuführen, mehr oder weniger als verfehlt betrachten. Vor allem verfehlt der bekannte Münchener Okkultist Dr. med. Rudolf Tischner, der kürzlich ein trotz seiner Sophistik viel Wertvolles enthaltendes und lesenswertes Buch „Monismus und Okkultismus“ im Verlage O. Ruya veröffentlichte, diese Meinung, ohne aber dabei zu besonderen neuen Ergebnissen zu gelangen. So läßt er sich über die Theorie der Telepathie und des Hellsehens u. a. folgendermaßen aus: „Der naturwissenschaftlich getriebene Monist glaubt, die Telepathie mittels drahtloser Wellen wie bei der drahtlosen Telegraphie erklären zu können, und das Wellen wie man auf irgend etwas Ähnliches wie Röntgenstrahlen zurückzuführen. Was liegt aber bei der Telepathie ohne alle Theorie dahinter? Es handelt sich um die eigenartige Erscheinung, daß unter Umständen die Vorstellungen eines Menschen auf einen anderen übertragen werden, ohne daß die beiden bekannten Sinne eine Rolle spielen.“ Er analysiert sodann, wie im gewöhnlichen Leben die

Vorstellungen eines Menschen auf den anderen übertragen werden und schreibt: „In erster Linie haben wir da die Übermittlung mittels Sprechens bez. Hörens. Hierbei werden konventionelle Klangkombinationen, d. h. die Worte von dem einen ausgesprochen und von dem anderen, der die Sprache kennt, verstanden, d. h. die entsprechende Vorstellung erweckt. Im Prinzip dasselbe haben wir bei der Übertragung durch die Schrift, und nicht viel anders ist es auch bei der Telephonie und der drahtlosen Telegraphie. Überall handelt es sich um die irgendwie vor sich gehende Übermittlung von konventionellen Zeichen. Wie steht es nun damit mit der Telepathie? Um Übermittlung konventioneller Zeichen kann es sich bei der ersten (?) Telepathie hier nicht handeln, denn es kommt ja weder akustische noch optische Übertragung in Betracht, und jede anders geartete Übertragung müßte wieder ihre eigenen konventionellen Zeichen haben.“ Das alles klingt als rhetorische Wendung recht plausibel, aber Dr. Tischner wirft hier allzuviel in einen Topf. Das Sprechen der Mund zu Mund und die drahtlose Telephonie oder Telegraphie ist nicht dasselbe. Im zweiten Falle tritt eine elektrische Energie in Kraft, die wir durch Apparate bewußt erzeugen und durch andere Apparate wieder in konventionelle Zeichengeber umwandeln. Eine akustische oder optische Übertragung erfolgt also erst in zweiter Linie. Dr. Tischner vergißt zu erwähnen, daß der lebende Mensch auch elektrische Energie ausstrahlt. Man braucht dabei gar nicht an die physikalischen Vorstellungen einer „psychischen Energie“ anzuknüpfen (deren Unhaltbarkeit Dr. Tischner übrigens recht zweifelhaft zu beweisen sucht), sondern bleibt bei dem physikalischen Grundprinzip. (Fortsetzung folgt.)

Wissenschaft und Technik. Die Rosenfrage wird gegenwärtig wieder einmal viel erörtert, und es zeigt sich dabei, auf wie schwachen Grundlagen alle wissenschaftliche Betrachtung des

Rassenbegriffes noch steht. In einer interessanten Arbeit der „Umschau“ vertritt nun Dr. Egon v. Sickingen den Begriff der Rasse genauer zu erfassen und erörtert dabei die Vorfrage, wie viel Rassen es überhaupt gibt. Je nachdem der Kreis erlaubter Abweichungen von einem bestimmten Rassenstypus enger oder weiter gezogen wird, je nachdem schwankt die Zahl der Gruppen in die man die Menschheit nach ihrer äußeren Erscheinung einteilt. Der älteste Versuch dieser Art mag wohl die Dreiteilung nach den drei Söhnen Nochs in der Bibel sein. Sehr viel genauere und schon fast wissenschaftlich kare Anschauungen über die Rassen zeigen die ägyptischen Tafelungen auf den Papyri und Tempelwänden. Hier stellen die Ägypter ihr eigenes Volkstum dem körperlichen Aussehen der Neger, Aethiopen und Nordländer gegenüber, und bei dieser Dreiteilung ist es durch Jahrtausende geblieben, bis zu Kant und Humboldt. Als dann Cuvierien erschlossen wurde, stellte Blumenbach eine fünfte Rasse auf: Buffon zählte 6 Rassen, Pechel 7, Agassiz 8, und heute entdeckt man immer neue Rassen, je mehr sich die Kenntnis der einzelnen Rassenstypen auf der Erde vertieft, jedoch schließlich Cantorford 60 Rassen und ein heute sehr verbreiteter Amerikaner 150 Rassen aufzählte. Centuloge wird die sehr sorgfältige Einteilung Denikers nach anthropologischen Gesichtspunkten ziemlich allgemein anerkannt, die 29 Rassen zählt. Aber wenn wir von Rassenstypen absehen, so lassen sich nach Sickingens Ansicht einige große Rassenstypen herausheben. Da ist zunächst die „weiße Rasse“ der Europäer, die mit ihren Ausläufern bis nach Zentralasien und Indien hineinreicht. Verwandt mit dieser weißen Rasse erscheinen die Polynesier und die ostasiatischen Völker. Aber den ausserordentlichen Steinzeitmenschen führt ein Band zum Australier, an den man die sogenannten Indonidier anschließen kann. Dann ist im eigentlichen Sinne die schlagig gelbe Rasse einzuordnen, die durch uralte Wanderungen über die Gegend der Beringstraße bis zu den gelb-

Von dem Gehalt der Betriebsverwaltungen sind 1896 Mk. M. verbundene Ausgaben. Die verbleibenden 2100 Mk. M. sollen auf allgemeine Reichsanstalten übertragen werden. Sie betreffen ausschließlich das Konto der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Um das Steuerkompromiß.

(Eigene Meldung.)

In der Reichskanzlei fand gestern vormittag zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und den beteiligten Ressortministern eine Besprechung der Steuerfragen im Zusammenhang mit den heutigen Beratungen der Steuerauschnitte des Reichstages. Über die Stellungnahme der Parteien zu dem Steuerprogramm ist zu sagen, daß die Sozialdemokratie ihre Forderung nach Erhöhung der Sachsteuer nur bei härterer Heranziehung der direkten Steuern, entweder durch Erhöhung der bisherigen Höhe oder Schaffung neuer Steuern, aufzugeben bereit ist. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer kann als ziemlich sicher gelten. Die Befreiung der Landwirtschaft bildet eine zweite, wenn auch weniger gefährliche Klippe. Die Sozialdemokratie hält an der Forderung nach Besteuerung des gemeinen Wertes, die bürgerlichen Parteien halten an der Besteuerung des Ertragswertes fest. Im ganzen glaubt man aber, die Ausschüsse für eine Verständigung unter den Parteien nicht allzu ungünstig beurteilen zu können.

Wie aus parlamentarischen Kreisen gemeldet wird, finden heute Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und den Parteiführern über die Frage eines neuen Kompromisses statt, nachdem Vorverhandlungen mit den Parteien schon seit mehreren Tagen geführt wurden. Vormittags sollen Verhandlungen mit den Koalitionsparteien und spätere Besprechungen mit den Rechtsparteien abgehalten werden.

Die Beamtenbefolgung.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Reichsjustizministerium den Einspruch des Reichsfinanzministers gegen die Eingruppierung der Beamten- und Handelslehrer und der Handelslehrerinnen zurückgewiesen.

Oberschlesien.

Bundesrat Calendar hat von dem beabsichtigten Auszug nach Krakau Abstand genommen und ist gestern von seinem bisherigen Wohnsitz im Sadowy-Gelände in Katowice nach Schloß Reuders des Fürsten Hensel von Donnerstagabend übersiedelt. Heute nachmittag wird Calendar unter anderen die Vertreter der ober-schlesischen Presse empfangen, um ihre Wünsche für die Zeit nach der Teilung Oberschlesiens entgegenzunehmen. Eine Teilnahme von Vertretern reichsdeutscher Zeitungen ist an dieser Sitzung nicht vorgesehen. Die deutschen Zeitungen legen deshalb auf diesem Wege Verwahrung dagegen ein, daß die Polen in dem polnisch werdenden Teile Oberschlesiens ebenso wie in Polen und Bessarabien die deutschen Zeitungen zeitweise verbieten oder sie durch Nichtannahme von Postabonnements zu der viel teureren Zustellung durch Kreuzband zwingen.

(Eigene Meldung.)

Reichsminister a. D. Schiffer, der Leiter der

Deutschen Kommission für Oberschlesien, ist gestern in Berlin eingetroffen. Er wird heute der Regierung einen Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit den Polen erstatten.

Der Vertreter Bremens in Preußen.

(Eigene Meldung.)

Am vergangenen Sonnabend hat der Senator Dr. Rebellhan dem Präsidenten des preussischen Staatsministeriums das Schreiben des Senats der Freien Hansestadt Bremen überreicht, durch das er als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister bei der preussischen Staatsregierung beglaubigt wird.

Die Sicherung der Versorgung der Presse mit Druckpapier.

Im Reichsverkehrsministerium ist auf Veranlassung der Vereinigung großblättriger Zeitungsverleger eine Besprechung über die Sicherung der Versorgung der Presse mit Zeitungsdrukpapier abgehalten worden. An den Beratungen nahmen teil der Reichsforstkommissar, Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Verbandes deutscher Zeitungsverleger und der Vereinigung großblättriger Zeitungsverleger E. B. Unter dem Vorsitz des Geh. Rats Weirauch wurde in eingehender Aussprache die augenblickliche Lage der Versorgung der Zeitungen dargelegt. Der Vorsitzende gab im Auftrag des Ministers bekannt, daß vom Reichsverkehrsministerium die nachgeordneten Stellen angewiesen worden seien, unter allen Umständen die nötige Zahl von Waggons zum Transport von Zeitungsdrukpapier zu stellen. Zweitens, daß im Reichsforstkommissariat die Bereitwilligkeit ausgedrückt wurde, den Eisenbahndirektionen anzuempfehlen, im Falle der Behinderung von Experten eine Ausnahme für Zeitungsdrukpapier einzutreten zu lassen. Der Vorsitzende wies besonders auf die Notwendigkeit der Bevorratung von Zeitungsdrukpapier in den Verbrauchszentren hin und stellte dabei die Beihilfe des Reichsverkehrsministeriums in bezug auf die Beschaffung von Waggons in Aussicht. Außerdem sagte er die Stellung von Sonderwaggons für, soweit der Verkehr zwischen den Zellstoffabriken und den Druckpapierfabriken sicherzustellen sei.

Die rheinischen Sonderbündler.

Der Sonderbündler Emeets will demnächst das in Bonn am 4. Dezember v. J. beschlossene rheinische Parlament einberufen. Zwischen Emeets und Emeets besteht eine enge Zusammenarbeit. Der Vertreter Emeets in München ist ein gewisser Decker, der sich durch zweifelhafte Geschäfte auszeichnet hat. Ferner steht Emeets in enger Verbindung mit einem Dr. Steinhilber oder Seebing, der in Mainz wohnt und von der französischen Regierung als der Finanzmann der „Rheinischen Separatistenpartei“ eingestuft worden ist. Ein früherer deutscher Lehrer namens Kramer tritt als Wanderredner dieser Sonderbündler in der Gifel auf. Das rheinische Volk in seiner Gesamtheit verhält sich dieser rheinischen Frage gegenüber wohl meist ablehnend. Die Emeets-Deute rechnen damit, daß wenn die Engländer eines Tages vor der gegebenen Tatsache stehen, sie sich damit abfinden werden.

Der badiische und württembergische Staatspräsident in München.

(Eigene Meldung.)

Der in Aussicht genommene Besuch des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Hieber in München wird nunmehr morgen, Mittwoch erfolgen. Für den angekündigten Besuch des badiischen Staatspräsidenten Trunk ist ein Termin noch nicht festgelegt worden; es ist jedoch möglich, daß sich beide Staatspräsidenten zu gleicher Zeit in München aufhalten werden. In bayerischen Regierungskreisen erhofft man von dem Besuch eine regere und herzlichere Fühlungnahme zwischen den süddeutschen Staaten, als sie bisher bestanden hat. Ministerpräsident Graf Ledebur wird zu Ehren des württembergischen Staatspräsidenten verschiedene Empfänge veranstalten.

Der Süden für die Reichseinheit.

Staatspräsident Dr. Hieber hielt beim Abschluß des Parteitages der württembergischen Demokratie eine Rede, in der er u. a. sagte: „Unsere Gegner, namentlich im Westen, hoffen noch immer auf eine Zerstückelung Deutschlands. Gerade wir im Süden antworten ihnen, sie mögen jede Hoffnung aufgeben. Die Einheit des Reiches geht uns über alles.“

Saargebiet.

Der Monatsbericht des Völkerverkehrsministeriums widmet in der Jahresübersicht für das Jahr 1921 der Regierungskommission des Saargebietes folgende Worte: Die Regierungskommission hat sich sehr viel Mühe gegeben, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Ihre Bemühungen trugen ihr einstimmige Anerkennung des Völkerverkehrsministeriums ein. Der Monatsbericht machte außerdem interessante Angaben aus dem kürzlich dem Völkerverkehrsministerium erstatteten Bericht der Regierungskommission über die Wirtschaftslage im Saargebiet. Zur Zollfrage heißt es: Das Saargebiet befindet sich in einer Periode harter Anpassung. Es nimmt bereits am französischen Wirtschaftssystem teil. Es ist daher nicht ersichtlich, wenn daraus gewisse Schwierigkeiten erwachsen. Regelmäßige Erzeugnis- und Absatzverhältnisse sind daher nicht vor Ablauf der durch den Friedensvertrag vorgesehenen Übergangszeit, d. h. vor dem 10. Januar 1922 zu erwarten. Zur Frage der Einführung des Franken äußert sich der Bericht folgendermaßen: Die Währungsfrage kann nicht von der Zollfrage getrennt werden. Am 10. Januar 1922 wird das Saarbecken vollständig in das französische Zollsystem eingereiht werden. Im Saarbecken werden dann die Preise des französischen Nachbargebietes, also Lothringens, fühlbar werden. Da man vernünftigerweise nicht damit rechnen kann, daß die Mark in drei Jahren die Parität erreicht haben wird, muß man zugeben, daß die Bewohner des Gebietes, wenn sie nur über Mark verfügen, 1925 die französischen bezogenen Preise nicht bezahlen könnten. Die Übergangszeit eines durch den Vertrag aufgestellten Systems zu ermöglichen. Die Verallgemeinerung der französischen Währung wird dem Wirtschaftslieben des Saargebietes die Entlastung ersparen, die es sonst plötzlich erleiden müßte, wenn 1925 die französischen Zollgebühren von einer Bevölkerung bezahlt werden müßte, die nur Mark besäße.

Das Danziger Zollwesen.

(Eigene Meldung.)

Von der Danziger Handelskammer ist ein besonderes Zolltarifinstitut gegründet worden, das die Aufgabe hat, alle mit dem polnischen Zolltarif zusammenhängenden Fragen zu studieren und Material für die kommenden Reformen des polnischen Zolltarifs zu sammeln.

Beginn der deutsch-lettischen Wirtschaftsverhandlungen.

Im Berliner Auswärtigen Amt hat unter Leitung des Staatssekretärs v. Erdmann die erste Sitzung der deutsch-lettischen Wirtschaftsverhandlungen stattgefunden.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 10. Januar. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß Reichsfinanzminister Dr. Hermes seinen Ministerposten bald aufgibt. Die Vorverhandlungen, die wegen seiner Entsendung nach Washington geführt worden sind, sollen so gut wie abgeschlossen sein. — Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, steht nunmehr mit Sicherheit fest, daß, sobald Dr. Rathenau seine Aufgaben erledigt hat und die politische Lage geklärt ist, sein Eintritt in die Regierung in bestimmter Aussicht genommen ist. Es ist indessen noch nicht mit Sicherheit zu sagen, welchen Posten Dr. Rathenau in der Regierung erhalten soll. Der Reichskanzler hält ihn als Minister für unentbehrlich und will ihm das Finanzministerium übertragen. An eine Umwandlung der Regierung wird seitens der Koalitionsparteien nicht gedacht. Auch für den Fall, wenn sich die Deutsche Volkspartei einem Steuerkompromiß anschließen sollte, will man ihn nicht die Konzeption machen, in die Regierung Vertreter zu entsenden. — Reichsminister Robert Schmidt, der sich im Hedwigstrancken einer Operation unterziehen mußte, ist nun wieder so weit hergestellt worden, daß er die Amtsgeschäfte wieder übernehmen kann. — Die Prinzessin Auguste Wilhelmine von Preußen, deren Ehe im März 1920 geschieden worden war, hat sich mit dem Kapitänleutnant a. D. Eimann wieder verheiratet. — Elberfeld, 10. Januar. In der Presse ist bei Gerüchten eines Attentats auf den Landgerichtspräsidenten die Vermutung ausgesprochen worden, daß bei dieser Gelegenheit die alten betreffend das Strafverfahren gegen den deutsch-nationalen Abgeordneten van den Kerckhoff geäußert seien. Diese Vermutung ist nach dem amtlichen preussischen Pressedienst unzutreffend.

Dresden, 10. Januar.

Die Konferenz in Cannes.

Die bisherigen Ergebnisse der Konferenz von Cannes betreffen für Deutschland zunächst lediglich in dem beschlossenen Zahlungsausschuss. Daneben sind an Beschäftigten zu verzeichnen die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz nach Genau und die hierzu erfolgte Einladung Deutschlands, Russlands und Österreichs; die Einladung deutscher Vertreter nach Cannes zwecks Anhörung in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen und schließlich der im Prinzip beschlossene französisch-englische Garantievertrag. Im einzelnen ergibt sich für uns folgendes Bild: Deutschland zahlt für das Jahr 1922 an Stelle der ursprünglich vorgesehenen 2 Milliarden Goldmark 700 Mill., die zu der im vergangenen Jahre bereits gezahlten 1 Goldmilliarde hinzuzurechnen und nach einem neuverteilten Rubus unter den alliierten Staaten verteilt werden. Dabei wird der Wert der Saargruben vorläufig vom französischen Konto abgezogen und steht im 44. Lebensjahre. Sein Vater war der bekannte Historienmaler, seine Mutter Konzertfängerin. Ehrenberg war Schüler des Dresdner Konservatoriums und schlug dann die Kapellmeisterlaufbahn ein, die ihn an viele militärische deutsche Stadtkapellmeister führte. Dann wurde er Dirigent des Rührner Orchestervereins, daneben Kompositionen an der Rührner Oper und wirkte von 1909 bis Kriegsausbruch als Direktor des Symphonieorchesters in Langsburg und von 1915 ab Leiter des Kapellmeisters in Hamburg v. d. S. Er ist auch als Komponist hervorgetreten, u. a. in den Symphonieopern des Dresdner Opernhauses mit einer selbständigen Orchesterleitung, die den besten Einfluß erkennen ließ. — In einem Aufsatz des „Figaro“ behauptet der bekannte Musiker Raoul Gunsberg, daß es ihm gelungen sei, die altdeutsche Musik zum „Hohen Lied“ zu rekonstruieren. Er will genau die Musikbegleitung zum „Hohen Lied“ rekonstruieren können. Wenn diese Behauptung wissenschaftlicher Nachprüfung standhält, dann würde damit ein ganz neues Gebiet altjüdischer Kunst entdeckt und eine alte Streitfrage der Bibelforschung der Lösung zugeführt sein. Es ist nämlich verführerisch behauptet worden, daß die Töne des Hohen Liedes, das man dem König Salomo zugeschrieben hat, ursprünglich Hochzeitslieder waren, die von dem Volke Israel gesungen wurden.

Zur Verpflichtung Fritz Buschs.

Der Vertreter des Solomitschens der Oper teilt folgendes mit: Durch eine behördliche Induktion ist eine Mitteilung über eine Besprechung der Solomitschens der Oper aus Anlaß der Beratung des Generalmusikdirektors Busch in die Öffentlichkeit gelangt. Endgültige Beschlüsse sind in dieser Besprechung nicht gefaßt worden. Die Besprechung richtete sich nicht gegen die Berufung Buschs, die auch von den Solomitschens der Oper begrüßt wird.

braunen Indianern Amerikas reicht. Als Formen dieser Rasse kann man die sogenannten Aktiver auffassen, die Götter, Hühner usw. Als dritte große Hauptgruppe haben wir in Afrika die schwarzbraunen Neger, deren Verwandte die räumlich weit entfernten Melanesier sind und zu denen als Sonderformen die dunklen Pygmäen Afrikas und Australiens sowie die Hottentotten zu zählen sind. Es ergeben sich also danach drei Hauptgruppen: die weiße, gelbe und schwarze Rasse, drei Nebenrassen: Polynesier, Indianer und Melanesier, drei Mischformen: Australier, Aktiver und Pygmäen, und drei Zwischenformen: Indo-Australier, Miao und Bushmänner. — Der Professor der Geologie an der Glasgower Universität John Walter Gregory begibt sich binnen kurzem auf eine Expedition nach Yunnan in Sibirien, nach jenem Gebiet, das man „Das Dach der Welt“ genannt hat, und zwar mit der Absicht, die Zusammenhänge der Gebirge von Yunnan und dem westlichen Szechuan mit dem Himalaja und dem Gebirgsystem des südlichen Asien festzustellen. Er will Arten von Tieren und Pflanzen sammeln, die nicht verlesen sollen auf die früheren Klimaveränderungen und auf den Ursprung der jetzigen Fauna und Flora. Die höchsten Gipfel in diesem Gebiet sind noch nicht erforscht. Daher sind sich die Gelehrten über die geographische und geologische Einordnung dieses Gebirgszuges noch nicht einig. Während die einen darin die Fortsetzung des Himalaja erblicken, halten die anderen diese Gebirge für Überreste von Berggruppen, die aus viel früherer Zeit stammen als der Himalaja. Die neue Expedition will Material herbeschaffen, um die Richtigkeit der bisherigen Anschauungen zu überprüfen. — „Times“ melden aus Tokio: Die Wiedereinführung der deutschen Sprache neben der englischen als zweite obligatorische Fremdsprache ist in den mittleren und höheren Schulen Japans vom 1. Februar ab angeordnet. — Am 14. Januar im Nationaltheater zu

Manheim Uraufführung „Des Weils Schatten“, Lustspiel in drei Akten, mit freier Anlehnung an Dürer, von Ludwig Fulda. † In Bologna ist der Professor der Chemie, Senator Giamician, gestorben. In ihm vereinigten Italien einen seiner hervorragendsten Gelehrten. Sein Spezialfach war das Grenzgebiet zwischen Chemie, Biologie und Physiologie. Seine ersten Schritte behandelten die Spektralanalyse der Elemente, es folgten dann grundlegende Arbeiten über die Struktur der Atome und den Einfluß des Lichtes auf die chemischen Vorgänge in Pflanzen- und Tieren. Er ging dabei von Ideen aus, die Leonardo da Vinci Jahrhunderte vorher angeregt hatte. Auch mit den Entdeckungen der Radioaktivität hat sich Giamician viel beschäftigt. — Ein eigenartigen Vorfall mocht der große Musiker Ferruccio Busoni im neuesten Heft der bei Julius Bied in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Faust“, indem er eine szenische Darstellung der Bachschen Matthäus-Passion beauftragt und einen interessanten Entwurf für eine solche Aufführung veröffentlicht. Er beginnt mit einer persönlichen Erinnerung. „Dr. v. Herzogenberg war's“, schreibt er, „der mich zum erstenmal in die Matthäus-Passion schickte, zur Förderung meiner musikalischen Tätigkeit der Regitative auf. Diese Regitative und die bewegten Chöre haben seit Jahren in mir den Wunsch genährt, eine szenische Darstellung der Bachschen Passion zu entwerfen, womöglich zu erleben. Die Schwierigkeiten, die sich diesem Plan entgegenstellten, sind beträchtlich. Ungleich den sog. „Aulorenbergen“, die den wandelnden Zuschauer, durch zwölf Stationen, in Epitolen zur Höhe führen, also die drei Kreuze, weiß ich nicht, die Leidensgeschichte beschreiben — in Bachs musikalische Illustration eher einem Fries vergleichbar, worauf die Vorgänge hintereinander in großer Linie abgebildet sind.“ Durch diese Anordnung ist nach Busonis Ansicht die Möglichkeit einer Kürzung gegeben, bei

der die Kisten kurzerhand entfernt werden könnten. „Das Einzelne dem Ganzen zu opfern“, sagt er, „ist eine der gebieterischen — wenn auch meist schmerzhaften — Pflichten bei der Gestaltung in der Kunst. Einmal die Kisten ausgehoben, es blieben die Erzählung, die Handlung und der Gesang der Gemeinde. Bei der hürftigen Konzipion von des Evangelisten Bericht würden die gestauten Vorgänge so rasch vor sich gehen müssen, daß sie sich überfüllen. Diesem verwirrenden Tempo der beiden übereinandergestellten Bühnen dienen, durch sie gewinnen wir an Zeit und an Gleichzeitigkeit.“ In einer Skizze hat Busoni dieses von ihm geschaffene Bühnenbild aufgedruckt. Der dargestellte Raum klingt an eine gotische Kathedrale an, um „einen gesammelten, innerlichen, zugleich einheitlichen und unumwandelbaren Charakter zum Ausdruck zu bringen. Zwischen den beiden Bühnen, von denen die eine höher gelegen ist, ist auf halber Höhe rechts und links die „Gemeinde“, die den Chor darstellt. Auf der Kanzel, die ebenfalls in halber Höhe in der Mitte ist, steht der Erzähler, die Szene beherrschend und zugleich als Mittelpunkt, „von dem aus die Fäden der Handlung und der Partitur nach allen Seiten strahlenförmig sich ziehen.“ Dem Ausschmitt der oberen Bühne ist ein Horizont als Hintergrund und damit die Andeutung der öffentlichen Straße gegeben, wo ein Vorgang im Freien“ abspielt zu denken ist. Während des Gesanges der Chöre kann sich der Beginn oder der Nachklang eines szenischen Kapitels stumm entwickeln. † Im Alter von 91 Jahren ist in Zittau der bekannte Komponist und frühere Klavierlehrer Friedrich Damm gestorben. Als Verfasser verschiedener Kompositionen und einer Klavierschule hat sich Damm einen Namen von Rang erworben. — Die Berliner Staatsoper hat als zweiten Kapellmeister Karl Ehrenberg verpflichtet. Ehrenberg ist geborener Dresdner

und steht im 44. Lebensjahre. Sein Vater war der bekannte Historienmaler, seine Mutter Konzertfängerin. Ehrenberg war Schüler des Dresdner Konservatoriums und schlug dann die Kapellmeisterlaufbahn ein, die ihn an viele militärische deutsche Stadtkapellmeister führte. Dann wurde er Dirigent des Rührner Orchestervereins, daneben Kompositionen an der Rührner Oper und wirkte von 1909 bis Kriegsausbruch als Direktor des Symphonieorchesters in Langsburg und von 1915 ab Leiter des Kapellmeisters in Hamburg v. d. S. Er ist auch als Komponist hervorgetreten, u. a. in den Symphonieopern des Dresdner Opernhauses mit einer selbständigen Orchesterleitung, die den besten Einfluß erkennen ließ. — In einem Aufsatz des „Figaro“ behauptet der bekannte Musiker Raoul Gunsberg, daß es ihm gelungen sei, die altdeutsche Musik zum „Hohen Lied“ zu rekonstruieren. Er will genau die Musikbegleitung zum „Hohen Lied“ rekonstruieren können. Wenn diese Behauptung wissenschaftlicher Nachprüfung standhält, dann würde damit ein ganz neues Gebiet altjüdischer Kunst entdeckt und eine alte Streitfrage der Bibelforschung der Lösung zugeführt sein. Es ist nämlich verführerisch behauptet worden, daß die Töne des Hohen Liedes, das man dem König Salomo zugeschrieben hat, ursprünglich Hochzeitslieder waren, die von dem Volke Israel gesungen wurden.

Zur Verpflichtung Fritz Buschs.

Der Vertreter des Solomitschens der Oper teilt folgendes mit: Durch eine behördliche Induktion ist eine Mitteilung über eine Besprechung der Solomitschens der Oper aus Anlaß der Beratung des Generalmusikdirektors Busch in die Öffentlichkeit gelangt. Endgültige Beschlüsse sind in dieser Besprechung nicht gefaßt worden. Die Besprechung richtete sich nicht gegen die Berufung Buschs, die auch von den Solomitschens der Oper begrüßt wird.

die Bezahlungskosten ab 1. März 1922 werden auf 290 Mill. Goldmark reduziert. An die Gewährung dieses Zahlungsausschubs von etwa 70 Proz. für 1 Jahr wurden folgende Bedingungen geknüpft: 1. Deutschland soll die Zölle nicht mehr nach Papiermark, sondern nach Goldmark berechnen; 2. die Tarife für die Eisenbahn und die Post sollen erhöht werden; 3. der Kohlenpreis soll auf Höhe des Weltmarktpreises gebracht werden; 4. Deutschland muß beginnen, sein Budget in Ordnung zu bringen; 5. Deutschland muß Maßnahmen treffen, um die Abwanderung des Kapitals nach dem Auslande zu verhindern; 6. der Papiergeldumlauf muß eingeschränkt werden; 7. das Statut der Reichsbank muß reformiert werden. Die weiteren Beschlüsse in Cannes, Einberufung einer Wirtschaftskonferenz nach Genua, Einladung Rußlands und Deutschlands sind bereits insofern in die Praxis umgesetzt, als die offizielle Einladung an die russische Regierung — wie an anderer Stelle gemeldet — bereits abgegangen ist. Das genaue Datum der Konferenz steht noch nicht fest; die am meisten genannte erste Hälfte des März dürfte der Wirklichkeit am nächsten kommen. Die deutschen Vertreter werden sich vermutlich von Mittwoch bis Freitag in Cannes aufhalten und dort für alle gewünschten Auskünfte zur Verfügung stehen. Die Verhandlungen über den französisch-englischen Garantievertrag, dem auch Belgien und Italien beitreten sollen, sind zwar noch nicht bis ins einzelne spruchreif. England scheint nicht allzuviel Neigung für ein formelles Bündnis zu haben, sondern wünscht mehr ein Abkommen auf Gegenseitigkeit. Dem Abkommen wird man indessen eine präzisere Form geben müssen und es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen hierüber im Lauf des heutigen Tages zu einem gewissen Abschluß gelangen.

Das englisch-französische Bündnis.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Konferenz in Cannes wird der Abschluß des englisch-französischen Bündnisses gehören, über das wir bereits gestern nähere Andeutungen machen konnten. Ein besseres Bild von diesen Verhandlungen erhalten wir durch den Sonderberichterstatter der „Times“ in Cannes, der seine Eindrücke folgendermaßen zusammenfaßt: Lloyd George und Briand hätten zu verstehen gegeben, für die Konferenz von Cannes komme es augenblicklich vor allem darauf an, auf fester und breiter Grundlage ein Übereinkommen zwischen England und Frankreich zu schaffen, das den beiden Ländern ermöglichte, gewissermaßen den Frieden und die Stabilität Europas weiter zu unterstützen. Die Frage der Reparation, so wichtig sie sei, auch die der Konferenz von Genua seien für den Augenblick von geringerer Bedeutung. Es sei klar, daß das englisch-französische Übereinkommen nicht nur Frankreich militärisch sicherstellen müsse gegen einen etwaigen deutschen Angriff. Es müsse auch England verpflichten, die Grenzen der mittleren östlichen und südöstlichen europäischen Staaten gemeinsam mit Frankreich allein zu garantieren. Alle Garantien müßten gegenseitig sein und müßten England wenigstens die maritimen Sicherheiten gewähren, die es brauche. Es werde vielleicht möglich sein, mit dem englisch-französischen Übereinkommen einen umfassenden Vertrag zu verbinden, der sich auf die Gebiete der europäischen Nationen in dieser Hinsicht ebenso beziehe wie das in Washington abgeschlossene Viermächteabkommen auf die Beziehungen der Vertragsteilnehmer im Stillen Ozean. Ein solcher Vertrag bedeute tatsächlich ein Defensivbündnis der europäischen Staaten. Die möglichen Ausweitungen eines solchen Vertrages würden groß sein und sich wahrscheinlich nicht auf Europa beschränken. Der Plan der Mächtevertreter in Cannes scheint sogar noch weiter zu gehen, als man aus den Mitteilungen des Times-vertreters schließen kann. Das englisch-französische Bündnis soll nämlich, wie verlautet, auch von Belgien und Italien unterzeichnet werden, was als erster Schritt zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa angesehen wird. Nach Beitritt Belgiens und Italiens sollen die Vereinigten Staaten Amerikas aufgefordert werden, ebenfalls dem Abkommen beizutreten. Man hält es für ausgeschlossen, daß der Vertrag mit dem Artikel 6 der Resolution vom 6. Januar verknüpft wird, der alle Länder gemeinsam verpflichtet, keine Angriffe auf ihre Nachbarn zu unternehmen. Das Bündnis wird eine Klausel enthalten, die Frankreich verpflichtet, die französische Armee auf 500 000 Mann herabzusetzen.

Jules Souverain, der Korrespondent des „Matin“ in Cannes, drückt diesem Blatt, daß nach Mitteilungen aus zuverlässiger Quelle der Text des Vertrages sehr dehnbar sein wird, da England die Befürchtung hegen soll, bei etwaigen Verwicklungen in Mittel- oder Osteuropa durch das Übereinkommen gebunden zu sein. Es soll eine Formel in Aussicht genommen sein, die England und Frankreich gestattet, sich gegenseitig zu schützen, ohne aber ihre eigenen materiellen Interessen zu berühren. Man glaubt nicht, daß das Abkommen bereits in Cannes zustandekommt, da verschiedene Einzelfragen vorher geregelt werden müssen. So muß zum Beispiel England im Kriegsfalle gegen moderne Waffen — gemeint ist hier ohne Zweifel die U-Bootwaffe — geschützt werden. Nach Briands Erklärungen würde die U-Bootfrage jedoch kein Hindernis bilden, da durch ein Bündnis beider Nationen diese Angelegenheit gegenstandslos werden würde. Lloyd George soll mitgeteilt haben, daß der Abschluß des Bündnisses niemals von der U-Bootfrage abhängig gemacht werden könne. Das Bündnis sei eine Art Pazifikabkommen für Europa. Wissenswert ist auch, was der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ aus Cannes meldet: Briand und seine Mitarbeiter hätten zuerst in ihrer gestern übermittelten Note ein Defensivbündnis verlangt, das sich auch auf die

europäischen Staaten, namentlich auch auf Polen ausdehnen sollte. Diese Formel habe Lloyd George als für die Dominions unannehmbar abgelehnt. Er sei mit einigen Änderungen auf den Wortlaut des Schutzvertrages vom 28. Juni 1919 zurückgekommen. England wolle Frankreich mit allen seinen militärischen Streitkräften unterstützen gemäß Artikel 42, 43 und 44 des Friedensvertrages, die militärische Neutralität des linken Rheinufers und die Entmilitarisierung des rechten Rheinufers im Gebiete von 50 km zu sichern, im Falle daß ein nicht provoziertes deutscher Angriff erfolge.

Die Wirtschaftskonferenz in Genua. Vorläufig hat die Konferenz in Cannes kein anderes Ergebnis als die Gewährung eines leichten Zahlungsausschubs gehabt. Damit ist aber die Frage der Weltwirtschaftskrise noch nicht gelöst. Vor allen Dingen wartet Deutschland noch immer auf die Änderung des Reparationsvertrages, die allein endgültig Deutschland vor dem wirtschaftlichen Untergange retten kann. Die Weltwirtschaftskrisen sollen, wie bekannt ist, auf einer neuen Konferenz in Genua geregelt werden. Die Nachrichten über diese geplante Konferenz verdichten sich mehr und mehr. So schreibt der Washingtoner Korrespondent der „Times“: Die Annahme der Einladung zur Wirtschaftskonferenz durch die Vereinigten Staaten von Amerika werde keineswegs bedingungslos sein. Die amerikanische Regierung werde das Programm der Konferenz kennen lernen wollen, bevor sie Vertreter entsende. Amerika fürchte, daß die wirtschaftliche Erörterung auf der Genauer Konferenz, an der teilzunehmen es bereit sei, in einen politischen Streit ausarte. „Morningpost“ meldet aus Washington: Die amerikanische Mitwirkung werde von einer Verminderung der Handelszölle abhängig gemacht. Die Vereinigten Staaten würden aber der Streichung der von Frankreich einem anderen Lande geschuldeten Summen nicht zustimmen. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wurde offiziell mitgeteilt, daß eine Einladung der Vereinigten Staaten zur Konferenz in Genua durch Vermittlung des Botschafters Hatvey eingegangen sei. Harding und Hughes würden am Montag oder Dienstag beraten. Binnen kurzem werde auch das Kabinett mit der Angelegenheit befaßt werden. „Daily Chronicle“ meldet aus Washington: In offiziellen Kreisen würden die Staatssekretäre Mellon und Hoover als die führenden Männer der amerikanischen Delegation für die Wirtschaftskonferenz in Genua genannt.

Aber die Konferenz von Cannes sind uns folgende Meldungen zugegangen: Cannes, 10. Januar. Die alliierten Minister haben endgültig das in Paris ausgearbeitete Projekt betreffend die Errichtung eines mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beauftragten Konsortiums festgelegt und die Bildung einer Hauptgesellschaft mit einem beschränkten Kapital von nur zwei Millionen Pfund Sterling vorgeschlagen, an die sich in den interessierten Ländern Tochtergesellschaften anschließen werden, deren Kapital in der Währung des betreffenden Landes gezeichnet werden soll. Cannes, 10. Januar. Lichtsicherin teilte dem Obersten Rat mit, daß die russische Regierung die Einladung zur Konferenz annehme, die im März einberufen werden solle. Eine außerordentliche Sitzung des Hauptvollzugsausschusses werde die Wahl der russischen Delegierten vornehmen und ihnen ausgedehnte Vollmachten übertragen.

Cannes, 10. Januar. Morgen wird der Vertrag festgesetzt, den jede der am Konsortium zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beteiligten Mächte beizugeben hat. Die Mitglieder des Konsortiums sind Deutschland, Frankreich, England, Italien und Japan.

Paris, 10. Januar. Einer Havasmeldung zufolge werden die verbündeten Regierungen den endgültigen Beschluß über die Reparationsfrage Deutschland durch die Reparationskommission mitteilen.

Paris, 10. Januar. Wie die Morgenblätter melden, sind die Sachverständigen für die Kohlenlieferungen gestern nach Cannes berufen worden. Es handelt sich um die Festsetzung des Kohlenpreises für die auf Grund des Friedensvertrages erfolgten und noch zu erfolgenden Lieferungen Deutschlands.

Paris, 10. Januar. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Cannes meldet: Die Kammer, die von Deutschland im Jahre 1922 in der für die Reparationen verlangt wird, beträgt 720 Mill. Goldmark. Von dieser Summe soll Frankreich 130 Mill. erhalten. Meinungsverschiedenheiten sind gestern plötzlich über die zu verlangenden Garantien und die Berechnung der Saarkohlengruben entstanden. Die Belgier bestanden auf dem Plane des Abkommens von Spa, wodurch Frankreich zugunsten Belgiens augenblicklich 250 Mill. verlieren würde. Die französischen Minister hätten Rückschlag verlangt, um sich mit ihren Kollegen in Paris zu verständigen.

Pressestimmen zu Cannes. Der „Temps“ schreibt: Nachdem es den Sachverständigen gelungen sei, die Vertreter des englischen Schatzamtes zu überzeugen, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit höher sei, als diese zuerst annahmen, werde der Betrag der deutschen Barzahlungen für das Jahr 1922 von 600 auf 700 Mill. Goldmark heraufgesetzt werden können, was die übrige Arbeit erleichtere. Dadurch werde es ermöglicht, bei der Verteilung jedermann zu befriedigen. So gehe man also einer Verständigung

entgegen dadurch, daß man sich durch das Verhalten von Cannes leiten lasse. Die Frage sei, ob man, wie in Spa, nach Anhörung der Deutschen zu einem Ultimatum schreiten werde, was zwar von den Belgiern und Franzosen für wirksam erklärt, von den Italienern jedoch abgelehnt und von den Engländern nur mit Widerstreben angenommen werde. Die Beantwortung dieser Frage werde von den Deutschen abhängen.

„Journal des Debats“ sagt: Es werde immer klarer, daß Briand in London ausgebreitete Verpflichtungen übernommen habe, als er im französischen Parlament zugehen habe, und daß die Verhandlungen von Cannes dem französischen Volke auf Umwegen ein im voraus geregeltes Programm zur Annahme empfehlen sollen. Die wahre Triebfeder der Handlung bleibe hinter den Kulissen: das sei der Deutsche. Er werde nicht zögern, auf der Szene zu erscheinen. Denn der Oberste Rat habe sich gestern entschlossen, ihn nach Cannes zu berufen. Der große Gedanke, der Reichshaus Hindenburg und den Reichskanzler Brüning besetze, sei auf dem Wege der Bewirklichung. Rußland solle der Ausbeutung durch das Deutsche Reich überliefert werden.

Demission des Kabinetts Briand?

(Eigene Meldung.)

Paris, 10. Januar. Die unter dem Eindruck der Verhandlungen in Cannes stehenden hiesigen parlamentarischen Kreise rechnen mit einem Austritt Briands. Sie sind der Ansicht, daß die weitere Existenz des jetzigen Kabinetts von dem englisch-französischen Bündnisvertrag abhängt, und Briand eventuell noch vor Zusammentritt der Kammer seine Demission einreichen wird.

Für die Auflösung der französischen Kammer.

(Eigene Meldung.)

Paris, 10. Januar. Im „Cabiogramme“ wird die Ansicht vertreten, daß die Kammer, in der Briand bei einer Rechtsmehrsheit eine Politik treiben würde, bedroht sei. Neuwahlen seien notwendig, nachdem die Kammer nicht einen einzigen Punkt ihres Programms erfüllt habe. Das Land müsse sich selbst entscheiden, ob es die Politik der Verhandlung wolle, oder die Weiterführung einer Politik der Gewalt. Aus der Tatsache, daß sowohl die Linke wie die Rechte mit Briand in höchstem Maße unzufrieden sind, wird gefolgert, daß Briand ein Votum der Kammer nicht abwarten, sondern wahrscheinlich schon vorher zurücktreten werde.

Irland nimmt das Abkommen mit England an.

London, 10. Januar. Das Dail Eireann hat das irische Abkommen mit 64 gegen 57 Stimmen angenommen. Die Abstimmung des Sinnfeinerparlamentes in Dublin über den englisch-irischen Vertrag, die eine Mehrheit von sieben Stimmen für den Vertrag ergab, fand unter großer Erregung statt. Der Sprecher teilte das Ergebnis zuerst in gälischer Sprache und dann in englischer Sprache mit. Die Stunde davon erreichte bald die vor dem Gebäude wartende Menge, die in große Beifallsstundgebungen ausbrach. De Valera teilte dem Sinnfeinerparlament formell seinen Austritt mit und erklärte, er werde heute eine Versammlung seiner Anhänger abhalten. Laut „Rechts Dispatch“ wurde Griffith, der Führer der Nationalistenpartei, de Valeras natürlicher Nachfolger werden.

Dublin, 10. Januar. Im Sinnfeinerparlament wurde am Schluß der Sitzung der Antrag, de Valera zum Präsidenten wiederzuwählen, mit 60 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

Lenin und Genua.

Die italienische Regierung hat durch Vermittlung der russischen Wirtschaftsdelegation Lenin eingeladen, an der Wirtschaftskonferenz, die in Genua stattfinden soll, teilzunehmen. Man darf gespannt darauf sein, ob das Oberhaupt der russischen Räterepublik persönlich diesem Rufe Folge leisten wird. Leicht könnte ihm ein solcher Entschluß nicht fallen. Wohl war Lenin in der russischen kommunistischen Partei seit langem der entscheidendste Verfechter einer Spannungspolitik gegenüber dem kapitalistischen Auslande, und es wäre darum durchaus logisch, wenn er auch selbst in Genua die Interessen seiner Partei und seines Landes wahrzunehmen suchte, andererseits aber liegt die Gefahr für ihn vor, daß er sich durch seine persönliche Anwesenheit auf der Konferenz in Genua in hohem Maße in Rußland selbst kompromittierte. Die Bedingungen, unter denen die westeuropäischen und amerikanischen Finanzkonfessionen einen wirtschaftlichen Wiederaufbau Osteuropas organisieren helfen wollen, sind so demütigend. Die Moskauer Regierung und die ganzen gegenwärtigen Zustände und Verhältnisse in Sowjetrußland bieten einem Vertreter des Bolschewismus aus jener Konferenz so wenig Rückhalt, daß die Reise Lenins nach Genua leicht als ein Gang nach Canossa erscheinen könnte. Lenin ist mit seiner Auffassung von den Beziehungen der Räterepublik zum kapitalistischen Auslande nur nach langem hartnäckigen Kampfe mit den Radikalen in seiner Partei durchgedrungen und nur seine bis weit in bürgerliche Kreise reichende verhältnismäßige Volkstümlichkeit hat ihn vor allzu scharfer Gegnerschaft im eigenen Lager geschützt. Persönliche Mißerfolge in Genua könnten den lange zurückgehaltenen Groll weiter Kreise der Kommunisten gegenüber der gemäßigten Politik Lenins zur Auslösung bringen. Aber noch bedenkllicher könnte sich die Wirkung solcher Mißerfolge auf die Stimmung eines Teils der nichtkommunistischen Bevölkerung in Rußland erweisen. Viel zu wenig wird außerhalb Rußlands beachtet, daß sich im innerpolitischen Leben dieses Landes eine wichtige

Wandlung vorbereitet. In dem Maße, wie der kommunistische Terror erlahmt, der sich als unwirksam erweist, erhebt die Opposition gegen die kommunistische Partei ihr Haupt. In dieser Opposition zeichnen sich nun schon heute die Konturen einer neuen großen revolutionären Partei ab, die sich in der Hauptsache aus den Überresten der früheren sozialistischen Parteien und aus solchen Kommunisten zusammensetzen wird, denen die Taktik der kommunistischen Partei zu reaktionär ist. Unter den vielen Anketen, die in Rußland über Lenin in Umlauf sind, befindet sich auch die, er sei aus seiner Partei ausgetreten und sei zu den Sozialrevolutionären gegangen, um in deren Partei aufgenommen zu werden. Er habe sein Programm entwickelt, aber man habe ihn dann, schließlich mit der Bemerkung abgewiesen, man könne ihn nicht aufnehmen, da er viel zu weit rechts stehe. Es ist die Auffassung vieler russischer Bolschewisten, daß die Kommunisten in Rußland durch die Macht der historischen Entwicklung der nachrevolutionären Verhältnisse sich in Schrittmacher des ausländischen „Kapitalismus“ und damit in politische „Reaktionäre“ verwandelt hätten und daß es ihnen dann vorbehalten sei, den „wahren“ Sozialismus in ihrem Lande gegen die kapitalistisch-kommunistische Verdrängung zu verteidigen. Das alles kann es für die Bolschewisten in Moskau denklich erscheinen lassen, Lenin selbst hat eines weniger exponierten Vertreters der Sowjets nach Genua zu entsenden.

Die Wilnaer Frage.

Kowno, 10. Januar. Nach einer Meldung der Litauischen Telegraphen-Agentur ist zur Darlegung des litauischen Standpunktes in der Wilnaer Frage der Ministerialdirektor im Ministerium des Äußeren Valutis als Vertreter Litauens zur Tagung des Völkerbundesrates nach Genf abgereist. Ferner haben sich der litauische Vertreter in London und der litauische Gesandte in der Schweiz sowie zwei Mitglieder der litauischen Nationalversammlung nach Genf begeben.

Die karelische Frage.

Kopenhagen, 9. Januar. Die „Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors, der dortige polnische Gesandte habe der finnischen Regierung die Vermittlung Polens für eine friedliche Lösung des karelischen Konflikts zwischen Rußland und Finnland angeboten. Der finnische Gesandte in Moskau schlug der finnischen Regierung vor, die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abbrechen, da es sich als unmöglich erwiesen habe, bei den gegenseitigen Verhandlungen praktische Ergebnisse zu erzielen.

Weltkonferenz zur Revision der Kriegsgesetze?

(Eigene Meldung.)

Washington, 9. Januar. In den Beratungen der Ausschüsse der Vorkriegskonferenz ist in den letzten Tagen ein Plan ernsthaft erwogen worden, der auf die Einberufung einer Weltkonferenz zur Neuregelung der Kriegsgesetze hinausläuft. Die Vertreter der beteiligten Mächte sollen sich untereinander bereits geeinigt haben, ihren Regierungen vorzuschlagen, den uneingeschränkten Unterseebootskrieg mit der Maßgabe aufzugeben, daß ein neuer Modus für die Behandlung der Handelschiffe im Kriege gefunden wird. Ein amerikanischer Vorschlag, der die Verwendung giftiger Gase im Kriege für ungesetzlich erklärt, soll gleichfalls die Zustimmung der übrigen Mächte gefunden haben. Auf einem weiteren Gebiete der Kriegserklärung und Bekämpfung, dem Luftkampf, ist nach Ansicht der zuständigen Kommission eine Beschränkung nicht möglich. Sämtliche Beschlüsse der Washingtoner Konferenz sollen in einem Vertrag niedergelegt werden, der 15 Jahre Gültigkeit hat und von den Unterzeichnern nur mit einer Frist von zwei Jahren geändert werden kann. Die einzelnen Mächte haben das Recht, die Einberufung einer neuen Konferenz zu verlangen, wenn gewisse Vorbereitungen dies gerechtfertigt erscheinen lassen.

Kunstanzeigen.

* Mitteilungen der Sächsischen Staats-theater. Opernhaus: Mittwoch, den 11. Januar. „Der Bajazzo“ — „Sizilianische Bauernechte“. Bajazzo: Canio — Fritz Bogelstrom, Bedda — Erna Fiebigler-Peiser, Lonia — Arthur Fleischer, Beppo — Hans Lange, Silvio — Rudolf Schmalnauer. — Sibilianische Bauernechte: Santuzza — Helena Jotti, Turiddu — Friedrich Hofel, Lucia — Helene Jung, Lola — Angela Roman. Musikalische Leitung: Kurt Striegler. Spielleitung: Georg Hartmann. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. In den vier Schwänken „Der spielende Gros“ von Wilhelm Schmidt-bonn, deren Erloaufführung am Donnerstag, den 12. Januar, stattfindet, sind die Hauptrollen folgendermaßen besetzt: „Die Verurteilung des Diogenes“: Juo — Jemmy Schäfer, Diogenes — Alfred Meier, Paas — Ernst-Josef Aufrecht. — Helena im Bade: Helena — Alice Berden, Paris — Bill Kleinschlag, Sichel — Alice Dagny, Alphaion — Erich Ponto. „Der junge Achilles“: Alphaion — Auguste Diakon, Alkment — Olga Proffis, Patme — Alexis Poffe, Rara — Ida Harbou-Wälder. „Pygmalion“: Pygmalion — Alexander Wierth-Lyvo — Lotte Grufus, Pjos — Adolf Müller, Statue der Aphrodite — Hedwig Herber. Spielleitung: Alexander Wierth. Bühnenbilder: Adolf Mahke. Trachten: Leonhard Ponto. Anfang 7 Uhr. * Zur solistischen Mitwirkung im 3. Philharmonischen Konzert nächsten Dienstag ist Eugen d'Albert gewonnen worden. (Karten bei Wick.)

Das im Grundbuche für Juidau Blatt 1865 auf den Namen des Schlossers Ernst Wilhelm Reil und Gen. eingetragene Grundstück, Nummerstraße Nr. 18, soll

am 4. März 1922, vormittags 11 Uhr an der Gerichtsstelle zur Aufhebung des Miteigentums zwangsweise versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 3,1 A groß, besteht aus einem Vorderhaus, Seitengebäude, Hofraum und Garten und ist auf 47 160 M. geschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am

10. Dezember 1921 veräußerten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Auforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Festsetzung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Veräußerung des Versteigerungsgegenstandes dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt.

5787
Juidau, 5. Januar 1922. Das Amtsgericht.

von einem Diebstahl her. Sachdienliche Mitteilungen, die zur Ermittlung des Eigentümers dienen könnten, erbitet die hiesige Kriminalpolizei.

• **Schloßen** worden ist am 9. Januar nachmittags gegen 7 Uhr 20 Min. auf dem hiesigen Hauptbahnhofe aus einem Wagenabteil 1. Kl. des Berliner Schnellzuges eine elegante Reisetasche aus hellem Leder, etwa 60 cm lang, 40 cm breit und 40 cm hoch, enthaltend wertvolle Reiseeffekten, u. a. eine schwarze Lederkoffer mit sehr vielen Geschäftspapieren, ein kleines Lederetui mit zwei Vorhemdnapfchen (Perlen), eine schwarze und eine weiße größere Perle als Vorhemdnapf, eine Krawattennadel mit weißer großer Perle, eine Krawattennadel mit kleinerer weißer Perle und ein Reisepaß. Personen, die Wahrnehmungen zu dem Diebstahl gemacht, oder sonst über den Verbleib Auskunft geben könnten, werden nach der Kriminalpolizei gebeten.

Die Bauaktivität im November 1921.
(Mitteilung des Sächsischen Landesamtes.)

Im November wurden in Sachsen für Neubauten mit Wohnungen 222 Baugenehmigungen (gegen 215 im Oktober) erteilt, und zwar in den Kreisbauhauptschritten Bauten 66, Chemnitz 32, Dresden 35, Leipzig 61 und Juidau 28. Diese 222 Neubauten, von denen 221 auf neuer Baugrunderfläche errichtet wurden, umfassen insgesamt 619 Wohnungen. Außerdem wurden 90 Baugenehmigungen für Um-, An- oder Aufbauten mit insgesamt 213 Wohnungen erteilt, von denen 6 Rot- und Weißbauten mit 62 Wohnungen fertig wurden. Ausgeführt wurden 126 Neubauten mit 352 Wohnungen (gegen 130 Neubauten mit 397 Wohnungen im Oktober). Durch ausgeführte Um-, An- oder Aufbauten wurden 133 Wohnungen gewonnen, darunter 12 in Rot- und Weißbauten. An Gebäudeabgängen waren im November keine zu verzeichnen.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 10. Januar.

— Die **Staatshalle für Krankengymnastik und Massage** wird nach erfolgtem Umzug ins Taschenbergpalais am 16. d. M. wieder eröffnet.

• Im **Werkverein** ging am Montag der üblichen Vortragssammlung eine außerordentliche Hauptversammlung voraus. Ihr einziger Beratungsgegenstand bildete die Erhöhung des Mitgliederbeitrags. Mit Recht konnte der Vorsitzende, Hr. Prof. Dr. Beythien, darauf hinweisen, daß kaum ein anderer Verein in Dresden seinen Angehörigen für einen geringen Jahresbeitrag so viel bietet, wie der Werkverein. Der Antrag des Vorstandes geht nun dahin, den jährlichen Mitgliedsbeitrag von 15 auf 20 M. und denjenigen für ältere Mitglieder, also solche, die vor 1899 dem Verein beitrugen, von 9 auf 15 M. zu erhöhen. Der Antrag fand nach kurzer Aussprache Annahme. Nach Bekanntgabe von 16 Renommierungen begann die Vortragerversammlung, in der ein im Verein schon lange geschätzter Redner, Hr. Prof. Dr. Grambow-Charlottenburg, am Pult erschien. Er bot in 1 1/2 stündiger glänzender Rede eine kritische Würdigung von Spenglers Unterangabe des Abendlandes. Nach einigen kurzen Mitteilungen über den Lebensgang des gleich nach seinem Erfindungswort vielgenannten Schriftstellers ging der Redner in großen Zügen auf die Gedankengänge Spenglers ein, auf das Wesen seiner Geschichtsauffassung und Geschichtsbetrachtung und auf die Art, wie der Benannte den Begriff Kultur ausdeutet. Der Vortragende wies u. a. auf die geschichtlichen Vergleiche Spenglers hin, seine Rückschlüsse vom Altertum auf die Gegenwart und führte im einzelnen an, wie der Verfasser des aufsehenerregenden Buches zu der Schlußfolgerung kam und sie begründete, daß der Sozialismus, der sich nur in einem Weltkrisenstadium ausbreiten könne, den Untergang des Abendlandes bedeute. An diese Darstellung fügte der Vortragende seine eigene Kritik an. Wenn die von Spengler vertretenen pessimistische Anschauung Gemeingut der Menschen des Abendlandes werde, dann folge ihr der Fatalismus, und an diesem ginge die Menschheit zugrunde. Spenglers Werk sei unstreitig eine ungemein geistvolle und gedankenreiche Schöpfung, bringe eine Fülle von Einzelheiten, sei aber sonst unhaltbar, denn Spengler bezeichne jede Kultur als ein Individuum, während nach der entgegenstehenden Auffassung eine Kultur verschiedene andere in sich aufgenommen habe. Aber mit gewaltiger Sprachkraft weise es auf Tatsachen und Erscheinungen hin, mit denen sich die Gegenwart abfinden müsse. Länger verweilte der Vortragende beim Begriff Sozialismus, hinsichtlich dessen Wesen und Auswirkung er mit Spengler übereinstimmte. Wenn er im übrigen auch dessen gesamte Theorie ablehne, so müsse man doch dem Autor dafür dankbar sein, daß er aus tiefem Forsche und Wissen heraus auf die schlimmsten Erscheinungen unserer Zeit hingewiesen habe. Eine den großen Gemeinbewußtsein füllende Zuhörerschaft spendete dem Redner am Schluß langanhaltenden Beifall.

• Der **Zentral-Arbeitsnachweis** ist im Jahre 1921 von 98 505 Arbeitssuchenden in Anspruch genommen worden gegen 102 444 im Jahre 1920 und 123 601 im Jahre 1919. Von der tatsächlichen Arbeitslosigkeit während der letzten 3 Jahre in Dresden läßt sich jedoch aus diesen Zahlen nicht ohne weiteres ein Bild gewinnen. Einmal hat sich der Wirkungsbereich des Zentral-Arbeitsnachweises auch im vergangenen Jahre wieder bedeutend durch die Angliederung mehrerer großer Verbändernachweise erweitert. Zum anderen findet selbst bei günstiger Arbeitsmarktsituation ein verhältnismäßig starker Stellenwechsel statt; die Arbeitssuchenden aus sogenannten Bedarfsberufen erscheinen zwar fast nie im Bestand, da sie am Tage ihrer Anmeldung sofort wieder vermittelt werden, aber von der Gesamtzahl der Arbeitssuchenden bei einem Arbeitsnachweis machen sie einen erheblichen Bruchteil aus. Von den 7588 Arbeitslosen Ende Dezember 1921 bezogen 3701 (3165) Erwerbslosenunterstützung. Die Zahl der Unterhaltungsempfänger hat also im vergangenen Monat um 536 zugenommen. Der Bestand an langfristigen Arbeitssuchenden (länger als 6 Monate) hat im Dezember um 117 abgenommen (1560 gegen 1677 im Vormonat). 1395 (1252) Arbeitssuchende haben infolge Alters oder Gebrechens als Erwerbsbeschränkte zu gelten. Die Zahl der jugendlichen Arbeitssuchenden ist ungefähr die gleiche geblieben. Es waren Ende Dezember 420 (433) männliche und 207 (190) weibliche Arbeitssuchende unter 21 Jahren gemeldet. Außer den bisher angeführten Arbeitssuchenden kamen im Dezember noch 1626 (386) Ausseher beim Zentral-Arbeitsnachweis zur

Kontrolle; 1484 davon waren aus dem Baugewerbe. Für die nächste Zeit ist mit mehreren tausend Aussehern in der Zigarettensindustrie zu rechnen. Die Zahl der neu gemeldeten offenen Stellen betrug in den männlichen Berufen nur 6195 (7987), in den weiblichen Berufen 3239 (4085), im ganzen 2638 weniger als im November. Einschließlich der Reste des Vormonats waren im Dezember 10 535 (12 072) offene Stellen gemeldet, von denen 8527 besetzt wurden (im Vormonat 10 802). 4238 (4662) der Vermittlungen waren Kassisten. 355 (571), zum größten Teil langfristige Arbeitssuchende, wurden in Arbeit außerhalb ihres Berufes vermittelt. 881 (992) Arbeitssuchende haben sich selbst in Arbeit abgemeldet, 1393 (davon 757 weibliche) blieben ohne Abmeldung fort. Die Tarifbewegung gestaltete sich im Dezember äußerst rego. Parallel zu der allgemeinen Preissteigerung gingen in fast allen Verbänden Verhandlungen über Erhöhung der vereinbarten Löhne. In 117 Berufsarten wurden Wirtschaftsbeihilfen, erhöhte Kinderzulagen, Lohn- und Gehaltssteigerungen auf bereits bestehende Tarifverträge erzielt. 30 Tarifverträge wurden neu abgeschlossen. In 53 Berufsarten schweben noch die Verhandlungen. Gekündigt wurden 26 Tarifverträge, für allgemein verbindlich erklärt 45 Tarife, Nachträge, Lohnabkommen und Schiedsprüche. Die Streikbewegung war äußerst gering, da man in den meisten Fällen auf dem Verhandlungswege zu befriedigenden Ergebnissen gelang.

• Im **Deutschen Verein für Volkshygiene, Ortsgruppe Dresden**, spricht am nächsten Mittwoch, abends 8 Uhr, im alten Stadivorterbrennhaale, Rindhandstraße 7, II., der leitende Arzt der Kinderpoliklinik in der Johannstadt, Hr. Schulz und Kinderarzt Dr. Glöckner, über das Thema: „Die geschlechtliche Frage bei Gesundheitspflege und Erziehung der Jugend“. Eintritt frei.

• Die in Dresden seit langen Jahren arbeitenden zwei **Jüdischen Vereine für Alkoholtrinker** haben sich aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus seit dem 2. Januar d. J. vereinigt. Das Geschäftsbüro befindet sich in Dresden-A., Blochmannstraße 19 (nahe Johannisthor) und ist wochentags von 8 bis 4 Uhr geöffnet. Die Sprechstunden des Leiters der Beratungsstelle finden Montags abends von 5 bis 7 Uhr, die des Jüdischen Arztes Mittwochs von 3—4 Uhr statt. Die Jüdischen Vereine sind zu jeder Sprechstunde anwesend und auch Sonntags vormittags von 8 bis 12 Uhr sicher in der Beratungsstelle anzutreffen. Der Beratungsstelle steht ein Ausschuss zur Seite, dem angehören der Stadtbürgerarzt Medizinrat Dr. Leonhardt, der Direktor des Jüdischen Krankenhauses der Stadt Dresden Dr. jur. Brachmann, der Jüdische Oberarzt Dr. J. Hlatas, der leitende Arzt der Volkshygiene für Alkoholtrinker „Eestleben“ Dr. med. v. Kägelgen, die Jüdischen Schwestern Annetarie Heinrich und der Vorsitzende des Vereins jüdischer Volkshygiene für Alkoholtrinker Verwaltungsinспекtor W. Gurnert, dem die Leitung der Beratungsstelle obliegt. Alkoholtrinker und deren Angehörige wird jederzeit kostenlos Rat und Auskunft erteilt, bei schriftlichen Anfragen wird um Besichtigung des Portos gebeten. Die Beratungsstelle hat Fernsprechanruf Nr. 17 558.

• Von zahlreichen Schulverwaltungen aus der Dresdener Umgebung sind Anmeldungen zum geschlossenen Besuch des **Zirkus Sarrasani** eingegangen. Hans Stöck-Sarrasani will all den Kindern, die unter Führung ihrer Lehrer den Zirkus Sarrasani besuchen, ein ganz besonderes Entgegenkommen beweisen. Die Pädagogen haben erkannt, daß die Zirkuskunst echte Volkstanz für die Jugend ist. Zur heutigen Nachmittagsvorstellung wird sich übrigens die Dresdener Jugend ein Stückchen bei Sarrasani geben.

• Am 13. Januar veranfaßten im Kriftallpalast die in Dresden bestehenden Oberlausitzer Landmannschaften (Baupner, Bischofswerdaer, Ramener, Königbrücker, Pulsnitzer und Großröhrsdorfer, Sächsischer und Weiden) einen Oberlausitzer Heimatabend, diesmal in Gestalt einer „Keb'ranjly-Adress“. Den Besuchern wird sich ein reiches Bild Oberlausitzer Kirmes-Gebräuche und -Sitten bilden und der Abend wird wieder einmal ein Sammelplatz aller Oberlausitzer sein.

• Auf dem **Wankertische** ist einer Dame eine ziemlich lange **braune Pelzboa** aus acht **Wendmardersellen**, die Enden und die Mitte sie mit zwei Schwänzen besetzt, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Geschädigte hat für Wiedererlangung des Pelzes 1000 M. Belohnung ausgesetzt. — Am 22. Dezember 1921 sind in Frankfurt einem entwichenen Strafgefangenen nach seiner Wiederergreifung 2000 unzeitige Thronenmacher — **Fabrikanten** — abgenommen worden. Die Thronenmacher, deren Eigentümer nicht bekannt ist, rühren zweifellos

Sächsische Angelegenheiten.

Zur Kartoffelversorgung.

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt: Die „P. P. R.“ verbreiten die Nachricht, daß mit einer merklichen Steigerung der Kartoffelpreise zu rechnen sei, da in den nächsten Tagen bereits eine Erhöhung der im Reichsministerium festgesetzten Richtpreise für Kartoffeln um 10 M. für den Zentner erfolgen solle. Diese Nachricht, die geeignet ist, in Konsumentenkreisen berechtigter Beunruhigung hervorzurufen, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Nach Ansicht des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft liegt zurzeit zu einer weiteren Erhöhung der Erzeugerpreise in den einzelnen Bezirken keine Veranlassung vor. Zu den bisher festgesetzten Verhandlungen wurde seit vom Ministerium der Landwirtschaft gegenüber nachdrücklich betont, daß die Preise für die wichtigsten Lebensmittel in Grenzen gehalten werden müssen, die noch für die Konsumenten erträglich sind, und daß die Landwirtschaft mit Rücksicht auf ihre eigenen Betriebe ein Interesse daran hat, daß diese Grenzen nicht überschritten werden. Eine vollständige und rückfällige Ausnutzung der Preissteigerungskraft ist demnach nicht zu erwarten. Die Interessen der Landwirtschaft sind jedoch durch die Maßnahmen der Regierung geschützt.

Reichsheimstättenbau in Sachsen.

(N.) Sachsen darf sich für sich in Anspruch nehmen, als erster Freistaat dem Reichsheimstättengesetz Eingang in die Praxis verschafft und Reichsheimstätten in größerer Anzahl errichtet zu haben. Durch Baufestzuschüsse, die das Landeswohnungsamt zur Verfügung stellte, war es möglich, daß allein die Landesheimstättenbau-Gesellschaft „Sächsisches Heim“ G. m. b. H. im Jahre 1921, abgesehen von ihrer sonstigen Bauaktivität, über 200 Reichsheimstätten in Angriff nahm. Ebenso haben die Landesheimstättenbau-Gesellschaften angegliederten Bezirksheimstättenbau-Gesellschaften und andere Körperschaften, z. B. die Stiftung Heimathaus, in gleicher Richtung gearbeitet, so daß sich die Zahl der im Jahre 1921 in Angriff genommenen Reichsheimstätten in Sachsen auf ungefähr 800 beläuft. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Kriegerheimstätten. Unter der Voraussetzung, daß auch für das Jahr 1922 wieder Baufestzuschüsse aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden, soll auch der Heimstättenbau nach Lage der gegebenen Verhältnisse weiter gefördert werden. Mit der Vorbereitung für diese Arbeit ist die Landesheimstättenbau-Gesellschaft „Sächsisches Heim“ G. m. b. H. Dresden-A., Langenbühlchen 1, 2, durch Verordnung des Ministeriums des Innern — Landeswohnungsamt — beauftragt worden. Diese hat zunächst einen Kriegerheimstättenplan für den ganzen Freistaat Sachsen für das Jahr 1922 aufzustellen. Daher sind alle Anmeldungen über Planungen von Kriegerheimstätten im Jahre 1922 der Landesheimstättenbau-Gesellschaft einzureichen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß keiner Organisation irgendeine Sonderstellung hinsichtlich der Vorbereitung der Kriegerheimstätten eingeräumt worden ist und alle Planungen zunächst ausschließlich der Landesheimstättenbau-Gesellschaft vorzulegen sind. Das gilt auch für den Fall, daß eine Gemeinde als Träger des Vorhabens auftritt, unabhängig davon, wer die Baufestzuschüsse übernimmt. Siedlungsverträge, die nicht rechtzeitig der Landesheimstättenbau-Gesellschaft gemeldet werden, haben keine Aussicht auf Berücksichtigung bei der Aufstellung des Siedlungsplanes. Als unzulässig muß es auch bezeichnet werden, wenn von irgendeiner Siedlungsorganisation behauptet wird, daß ihr ein besonderer Einfluß bei der Verteilung und Vergabung der Baufestzuschüsse eingeräumt sei und ihre Verwendung beim Landeswohnungsamt daher besondere Aufsicht auf Erfolg bedeute. Es bleibt jeder örtlichen Siedlungsorganisation unbenommen, ihre Anträge unmittelbar zur Unterrichtung beim Landeswohnungsamt der Landesheimstättenbau-Gesellschaft vorzulegen. Das Landeswohnungsamt entscheidet darüber allein nach dem sachlichen Stande.

Tagung des Sächsischen Verkehrsverbandes.

Auf der Tagung des Sächsischen Verkehrsverbandes in Leipzig fand nach längerer Aussprache vier Entschlüsse gefaßt worden. In ihnen wird gefordert: 1. Erzielung schnellster Personenzüge mit 4. Klasse, 2. den Fernverkehrsleistungen an die See, in die Alpen und in die sächsischen Gebirge, 3. Überführung von Schuttdämmen während der Ferien für Jugendherbergszwecke und 4. Förderung des Jugendverkehrs durch Errichtung von Jugendherbergen.

Die Borna-Rieschiger Linie steht am 14. Januar 56 Jahre im Betrieb.

Die Stadt Borna hatte, um einen direkten Anschluß an das Eisenbahnnetz zu erlangen, am 15. November 1865 die Konzeption zum Bau und Betrieb einer 6,54 km langen Eisenbahn von Borna über Lobstädt nach Rieschig erworben, im Oktober 1865 den Bau begonnen und am 14. Januar 1867 vollendet. Von der Hauptlinie Leipzig-Hof war die Teilstrecke Leipzig-Blasewitz, 3,82 km lang, bereits seit 19. September 1842 eröffnet. Der Staatseisenbahnverwaltung in Leipzig (Bahr. Bahnhof) war gegen Überlassung eines vereinbarten Teiles der Betriebseinnahmen zur Deckung der Betriebskosten die Leitung des Betriebes übertragen worden. Bereits am 1. Oktober 1870 kaufte die Stadtregierung die Bahn als einen Teil der in Aussicht genommenen Chemnitz-Rieschig-Leipziger Linie an, deren Bau 1869 in Angriff genommen und mit Einschluß der Seitenlinien Wittgenstorf-Limbach, Ratsdorf-Rochlitz und Ratsdorf-Pennig am 8. April 1872 vollendet war. Der Bauaufwand betrug 10 494 781 Taler, 22,6 Pfennige. Eine längere Verbindung zwischen Leipzig-Chemnitz war erreicht.

• **Werna.** Die Grippe tritt auch in Werna und Umgebung noch immer in erheblichem Umfange auf. Die Schulferien haben infolgedessen in Werna verlängert werden müssen.

• **Wilsdorf.** Bei der Stimmabgabe hat die Pforte der christlichen Eltern 8 Sätze und die Pforte der Gewerkschaften 4 Sätze erhalten. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 42 Proz.

• **Weyers.** Die letzte **Hofkassette** im Stadtpark hat um 600 000 M. erhöht. Sie war notwendig, um den städtischen Finanzen etwas aufzubringen und bedeutet ein Überschreiten der im Fortwirtschafplan vorgesehenen Schlagmenge. Die überbedeutliche Genehmigung zu dieser dem Wahrscheinlich schädigenden Maßnahme ist mit der Bedingung erteilt worden, daß in den nächsten Jahren ein Einhalten erfolgt. Seit Jahrhunderten ist der 1200 Hektar große Stadtpark der Reiter der Gemeinde die Finanzstütze.

• **Wittenberg.** Die Stadterordneten haben die Aufnahme eines Darlehens von 270 000 M. für einen Schulumbau beschlossen.

• **Wunsdorf.** Der Einbruch der kommunistischen Ortsgruppe in Wunsdorf gegen die dortige Stadterordnetenwahl wurde von der Kreisbauhauptschicht abgelehnt. Wegen die Ablehnung ist erneut Einbruch erhoben worden.

• **Zeitzsch i. S.** Das neue **Stadterordnetenkollegium**, das sich aus 10 Bürgerlichen, 7 Unabhängigen, 3 Reichssozialisten und 4 Kommunisten zusammensetzt, hat zum Vorsitzenden den bisherigen Vorsteher Bernhard Wagner (Reichssozialist) nahezu einstimmig wieder gewählt. Erster Stellvertreter ist Rechtsanwalt Dr. Röder (Bürgerpartei), zweiter Stellvertreter der Konsumvereinsbeamte Albin Schnitzler (Unabhängig.).

Parteiabteilung.

Parteiung der NSD in Leipzig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung sprach Dr. Rosenfeld über die Gesandtschaft der Parteigenossen in Niederhohenstein und Lichtenburg und forderte eine allgemeine Annahme für alle politischen Begehren. Im weiteren kritisierte er, daß die deutsche Republik, die von Reichssozialisten getragen wird, ausländische Sozialisten als lästige Ausländer auswehlt. Zwei entsprechende Entschlüsse fanden einstimmige Annahme.

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten, und Dittmann-Berlin erstattete den politischen Bericht der Parteiabteilung. „Die Politik unserer Partei“, so führte er aus, „war seit dem letzten Parteitag wie auch schon vorher, bestimmt von ihrer Einheit in die Kräfte der inneren und äußeren Politik und in die Machtverhältnisse der Klassen. Der imperialistische Weltfriede erschwert den proletarischen Klassenkampf enorm und hält auf beiden Seiten den Nationalismus wach. Deshalb mußten wir im vergangenen Jahr zahlreichen nationalstischen, militaristischen Konfliktmöglichkeiten entgegenzutreten. Hätten wir das Londoner Ultimatum abgelehnt, so wäre damit nicht nur keine Erleichterung der Lage, sondern eine Verschärfung in der Lage der deutschen Bevölkerung eingetreten, und das nationalstische Welt hätte weitere Kreise verdrängt. Durch den erstschrittenen Versuch, das Londoner Ultimatum zu erfüllen, ist eine neue politische Lage geschaffen worden. Auch im Lager der Entente wächst die Einsicht von der Unhaltbarkeit und der Gemeinwohlgefährdung des Ultimatum und des Friedensvertrages. Daher macht sich eine gewisse Gemüthsruhe für eine Revision geltend. Kommt es zu einer solchen, so tritt dadurch eine Erleichterung in der Lebenslage der deutschen Arbeiterklasse ein. Gleichzeitig würde aber damit auch ein Ausgleich zwischen dem Kapitalismus haben und drüber erfolgen und ein

Stenbal, 10. Januar. Nachdem im August v. J. erst der Kornspeicher der Rumpfmühle Arthur Weidling abgebrannt war und etwa 4000 Zentner Getreide vernichtet wurden, brach vor einigen Tagen wiederum in der Rumpfmühle ein Feuer aus, das die ganze Mühle mit sämtlichen Maschinen vernichtet hat.

Königsberg (Lauenburg), 10. Januar. Am Montag früh ist auf der Erdbene unweit des Lauenburger Observatoriums ein heftiges Erdbeben registriert worden, dessen Entfernung etwa 6600 km betragt. Es handelte sich offenbar um ein chinesisches Erdbeben.

Janubrand, 10. Januar. Eine aus neun Personen bestehende Skiläufergesellschaft ist im Gebirge von einer Lawine übertrastet worden. Studentent Dr. Kup aus Göttingen in Württemberg und Fabrikant Sommer aus Ravensburg in Württemberg fanden den Tod. Ihre Gefährten konnten sich retten. Bei dem am nächsten Tage mit einer Expedition unternommenen Rettungsversuch ging abermals eine Lawine nieder, durch die Professor Hähne aus Ravensburg und Medizinalrat Vogel aus Friedrichshafen, die am Vortage verschüttet worden waren, aber gerettet werden konnten, unter den Schneemassen begraben wurden. Trotz aller Anstrengungen einer 30 Mann starken Rettungs Expedition konnten die vier Verschütteten noch nicht wieder aufgefunden werden. Seit Freitag den 30. Dezember werden werden zwei jüngere Skiläufer aus Ravensburg, die eine Partie unternommen hatten, vermisst.

London, 10. Januar. Einer der größten Brände, den England in den letzten Jahren erlebte, brach in dem großen Holzmagazin in West Hartlepool (an der nordöstlichen Küste) aus und ergriff zahlreiche benachbarte Gebäude. Ein harter Wind erschwerte die Löscharbeiten, an denen sich die Feuerwehren der ganzen Umgebung beteiligten, so daß 70 Häuser in Flammen aufgingen, ehe der Brand überwältigt werden konnte. 500 Menschen befinden sich ohne Obdach.

Vom Landtage.

Dresden, 10. Januar.

Der Landtag trat heute nachmittag 1 Uhr in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Bud, der Minister Hellwig und Fleischer und einer größeren Anzahl Regierungsvertreter zu seiner ersten Sitzung nach der Weihnachtspause zusammen. Präsident Fröhdorf eröffnete die Sitzung mit den besten Wünschen für ein gutes neues Jahr und insbesondere für eine gedeihliche Weiterarbeit des Landtags zum Besten des gesamten Volkes und Landes und wies dann auf den Eingang des Rechnungsjahresberichts auf die Jahre 1918 und 1919, sowie des Berichts der Oberrechnungskammer hin, die beide ohne Vorbereitung sofort den zuständigen Haushaltsausschüssen überwiesen wurden. Weiter teilte er mit, daß der Landtagspräsident mit den Herren Reichsfinanzpräsidenten bezüglich der Einleitung der Geschäfte des Landtags für die nächste Zeit vereinbart habe, daß bis auf weiteres die Ausschüsse drei Tage in der Woche Sitzungen abhalten werden und der Landtag nur an jedem Donnerstag von nächster Woche ab zu einer Besichtigung zusammentritt. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten, und zwar zunächst in die zweite Beratung über Kap. 94 der ordentlichen Staatshaushaltspläne für 1921 und 1922, höhere Schulen betreffend, worüber nach der Berichterstattung eine längere Aussprache erfolgte. Bei Schluß der Debatte geistete als erster Debattierender Abg. Ketz (Soz.) die nach seiner Meinung unzulässigen Zustände der höheren Schulen. Er hielt eine Reform des höheren Schulwesens für dringend nötig und stellte mit Zustimmung seiner Partei mit Bedauern fest, daß in dieser Beziehung seit der Revolution noch nichts Wesentliches geschehen sei.

Volkswirtschaftliches.

Weitere Erschließung deutscher Handelsbeziehungen nach Rußland. "Manchester Guardian" erzählt, daß Krupp und Mendelssohn der britischen Russo-Asiatic Consolidated Company beigetreten sind, welche die größte britische Rußland bearbeitende Firma ist und über wertvolle Konzessionen, Gruben und Wälder verfügt. Der Anteil der Deutschen an dem 12 Mill. Pf. Stiel. betragenden Gesellschaftskapital sei relativ gering und ohne Einfluß auf die Verwaltung. Das Motiv der Deutschen sei 1. die Absicht gemeinsamer Lieferungen nach Rußland, 2. die Versorgung mit wichtigen, bisher aus England oder Amerika importierten Metallen, die künftig aus der russischen Konzession zu erhalten seien. Die Verhandlungen mit Rußland schweben noch. Das Blatt erwartet ähnliche englisch-deutsche Vereinbarungen anderer Firmen.

Die Konferenz in Gannas und die Börse. Angesichts der Wichtigkeit der Beratungen in Gannas wäre es unangebracht, wenn man sich in Deutschland unbegründeter Hoffnung über deren Erfolg hingeben wollte. Einzige richtig ist, den Verlauf der Verhandlungen aufmerksam zu verfolgen und sich danach sein Urteil über die kommende Entwicklung zu bilden. Und wer dies tut, dürfte schon jetzt kaum gereizt sein, sich allzu optimistischen Erwartungen hinzugeben. Eine offizielle Stimme sagt die derzeitige Lage betreffend

dahin zusammen: Die Fragestellung, die in Gannas allen Verhandlungen zugrunde liegt, geht nicht etwa dahin, wie man Deutschland aus seiner wirtschaftlichen Not helfen könne, sondern dahin, wie man es durch Zwangsmaßnahmen zum Zahlen bringen könne, ohne dabei die europäische Wirtschaft völlig zu zerstören. Nur über letzteren Punkt gehen die Meinungen zwischen den Verbündeten auseinander. Was die Haltung der einzelnen Staaten betrifft, so nimmt Belgien allen Widerstandsvorschlägen gegenüber eine durchaus ablehnende Haltung ein, wobei es von Frankreich unterstützt wird; England sucht zu vermitteln, doch auch hier dürfte es schließlich mehr Wert auf die Aufrechterhaltung der engen Beziehungen zu Frankreich als auf die praktische Hilfeleistung zugunsten Deutschlands legen. Italiens Stellung ist noch ungewiß. Leider scheinen politische Tendenzen mehr als zuträglich die wirtschaftlichen Besprechungen zu beeinflussen, sobald vielfach der Wunsch sich regt, Amerika möchte durch sein Schwergewicht den Kurs in andere Bahnen lenken. So könnte die in Washington hergestellte angelsächsische Verbindung zum erstenmal ihren Einfluß erproben. Doch es ist ungewiß, ob die Union sich für Europa irgendwie festzulegen Reue verspürt; entgegengesetzte Stimmen sind bei weitem in der Mehrheit. Die verschiedenen Schwankungen in der Bewertung des voraussichtlichen Ergebnisses der Konferenz in Gannas spiegeln sich getreulich in den Börsenkursen wieder. Diese zeigen seit Ende des vorigen Jahres eine gewisse Unsicherheit in der Beurteilung der Lage, sobald die Devisen stiegen, um jedoch nach Eröffnung der Beratungen in Gannas — hauptsächlich wohl infolge von Lord Georges Zahlungsplan — wieder zu fallen. Als Beispiel diene der zurzeit wichtige Dollarkurs, der am 31. Dezember auf 183,81 stand und am 6. Januar, nach vorübergehendem Steigen bis auf über 200, wieder bei 188,31 angelangt ist. Die nächsten Tage werden aufs neue die Abhängigkeit der Börse von jedem Wort, das aus Gannas herübertrömt, beweisen. Ob eine neue Panik eintritt oder die Börse sich behauptet, hängt von dem Endergebnis der Konferenz ab; hiernach werden auch die Kurse für die nächste Zeit sich einstellen. Die Börse wird also nicht von finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorerst geleitet, sondern von politischen, was für Deutschland kein günstiger Zustand ist.

Die deutsche Kaliproduktion.

Die Kall-Bevinnung ist einer der wenigen Lichtpunkte in unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage. Vor dem Kriege besaßen wir fast ein Weltmonopol an Kall. Durch den Friedensvertrag ist unser Weltmonopol an Kall gebrochen worden. Denn mit der Abtretung von Elb-Lothringen haben wir Lager mit insgesamt 190 Mill. ehm Kallfalten verloren. Inzwischen sind in Mitteldeutschland etwa 11 Milliarden ehm geblieben, jedoch ganz überwiegend die Beherrschung des

Kalimarktes bei Deutschland geblieben ist. Inzwischen macht sich die französische Konkurrenz der elbischen Kallfalte auf dem Auslandsmarkt bereits sehr fühlbar. Auch ist uns der amerikanische Kall in weitaus dem Maße gespart, weil in den Vereinigten Staaten sowohl eine Überfüllung der Kalllager vorliegt, als auch während des Krieges die größten Anstrengungen gemacht worden sind, durch Selbstgewinnung von Kall auf künstlichem Wege von Deutschland unabhängig zu werden. Auf weite Sicht gestellt brauchen wir uns aller dieser Umstände wegen trotzdem keine allzu großen Sorgen zu machen. Aber desengachtet liegen zurzeit die Verhältnisse so, daß wir mit unserer Kallproduktion ganz wesentlich auf den inneren Markt angewiesen sind. Um so erfreulicher ist, daß unsere Kallproduktion im Jahre 1920 mit rund 114 Mill. da die Friedensproduktion, die 1913 rund 116 Mill. da betrug, gegen 111 Mill. da im Jahre 1912 und 97 Mill. da im Jahre 1910 nahezu wieder erreicht hat. Da das Hauptabgabegbiet für Kall die Landwirtschaft ist, in der es als hochwertiges Düngemittel Verwendung findet, so ist die Bedeutung der Entwicklung, die in der Kallindustrie vorliegt, für unsere Volkswirtschaft ohne weiteres klar. Der Tiefstand der Kallproduktion lag im Jahre 1915, in dem sie auf 69 Mill. da gesunken war. Dann war sie im Jahre 1918 allmählich bis auf 94 Mill. da gestiegen, wobei für das erste Halbjahr die Förderungsabgaben von Elb-Lothringen noch mitgerechnet sind. Dann weist das Jahr 1919 ohne Elb-Lothringen wieder einen Tiefstand mit 78 Mill. da auf. Um so erfreulicher ist die Steigerung auf 114 Mill. da im Jahre 1920. Die gegenwärtige Absatzlage, die auf der Kallindustrie schwerer lastet, wirkt allerdings keinen dunklen Schatten auf das Bild. Hoffen wir, daß er bald weicht!

Frankfurter Banken im Saargebiet. In den drei bisher etablierten französischen Bankgründungen, der Bank für Saar- und Rheinland (Banque de la Sarre et des Pays Rhénans) und den Filialen der Pariser Banque Nationale de Crédit und der Elbischen Bankgesellschaft tritt demnächst eine Filiale der Banque du Rhin.

Table with 4 columns: Name, % of Reichsanleihe, % of Deutsche Reichsanleihe, % of Preussische Staatsanleihe. Includes entries for 5% Teufische Reichsanleihe, 4% Deutsche Reichsanleihe, etc.

Table with 4 columns: Name, Price, Name, Price. Lists various goods and their prices, such as 'H. Gebben 795,00', 'Corona 735,00', etc.

Table with 4 columns: Name, Price, Name, Price. Lists various goods and their prices, such as 'Telegraphische Anzeiger', 'H. Gebben', etc.

Table with 4 columns: Name, Price, Name, Price. Lists various goods and their prices, such as 'Tresden: Höhe 110 m', 'Wasserstände der Elbe und Moldau', etc.

Steuerbeamter, erfahren in allen Steuerfragen, wird zum baldigen Antritt, vorbehaltlich der Genehmigung der Stelle durch die Stadtverordnetenversammlung, gesucht. Besoldung nach Gruppe 6 unter Berücksichtigung der staatlich vorgegebenen Altersbegrenzung. Prüfung wird verlangt. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften werden bis zum 20. Januar 1922 erbeten. 8742

Gegenbuchführer für Stadt-, Spar- und Girokassen zum 1. März gesucht. Besoldung Gruppe V, Ortsklasse B. Nur tüchtige, flott und zuverlässig arbeitende Kassensbeamte wollen sich bis 20. Januar mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften melden. 8788

Assistent (Steuereinnahmer) gesucht. Besoldung nach Gruppe 5 Ortsklasse C. Gesuche und Zeugnisabschriften sind unter Angabe des Zeitpunktes, wann der frühestmögliche Antritt erfolgen kann, bis 18. Januar 1922 einzureichen. Wendorf i. Ergsb., 9. Januar 1922. 8791

Beamtenuawärter (auch im Vorbereitungsdienste) zum möglichst sofortigen Antritt gesucht. Unbedingt erforderlich sind gute Kenntnisse im gesamten Steuerwesen. Vertrautheit mit den übrigen Verwaltungsarbeiten ist erwünscht. Besoldung erfolgt nach Gruppe V (im Vorbereitungsdienste nach Gruppe IV), Ortsklasse C. Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind bis zum 16. 1. 1922 bei dem Unterzeichneten einzureichen. 8760

An der hiesigen Schule ist 1 ständige Lehrstelle am 1. April 1922 zu besetzen. Der Stelleneinhaber soll den Turnunterricht mit übernehmen. Besoldung nach der staatlichen Besoldungsordnung, Ortsklasse C. Bewerbungen mit den erforderlichen Unterlagen sind bis 1. Februar 1922 einzureichen. 8789

HEUTE Mittwoch ZWEIMAL SARRASANI 3 Uhr u. 7.15 Uhr 8790 Nachmittags (Kinder- u. Familien-Vorstellung) halbe Preise Vorverkauf: Circuskasse und Residenz-Kaufhaus (ohne Aufschlag).

Café Central - Monopole Schloßstraße, Ecke Altmarkt • Einziges Zeitungs-Café Dresdens • Über 500 in- u. ausländ. Zeitungen, Fechtbitter usw. 8246

Anton Müllers architektonisch schönstes 8687 Weinrestaurant (Marionstr.) Bekannt guter Mittagstisch, preisw. Weine Bevorzugtes Lokal vor u. nach dem Theater Täglich Abendkonzert

Gebr. Arnhold Dresden Berlin W. 56 Waisenhausstraße 20/22 Hauptstraße 38, Chemnitz Straße 96 Französische Straße 33e Ausführung aller bankmässigen Geschäfte Handel in Wertpapieren und ausländischen Geldsorten 8768 Kassestunden 9-1 Uhr vormittags, 3-4 Uhr nachmittags, Sonnabends 9-1 Uhr.

Beamtenchüler, 16 1/2 J., m-g. Zeug., a. Stellg. f. Ost. o. fr. Gemeindeva... 1. Ost. o. fr. Gemeindeva... 1. Ost. o. fr. Gemeindeva... Tageskalender, Mittwoch, 11. Januar. Staatsoper, Opernhaus, Der Solaja, Zirkus, etc.

Familiennachrichten, Vermählt: Dr. Hof Bauer, Hauptmann der Landespolizei, mit Frä. Margarethe Jahn in Leipzig-Deusch; Dr. Otto Wittig, Verlagsbuchhändler in Dresden, mit Frä. Gertrud Baron in Berlin; Dr. Prof. Viktor Brunner in Brig (Wallis-Schweiz) mit Frä. Elisabeth Wittig in Dresden. - Gestorben: Dr. Georg Emil Claus, Viehkommisssionär in Dresden; Frau Therese Anna Berner geb. Pöhlmann in Zwickau; Frau Martha Liebig geb. Krause (47 J.) in Dresden; Dr. Ottomar Zschau, Hotelier in Großhörn (51 J.); Frau Marie verm. Kommerzienrat Bribe geb. Schulte in Böhmen; Dr. Apothekenbesitzer Bernhard Meier in Chemnitz; Dr. Realchuldirektor i. R. Dr. Gustav Wilhelm Schuberth in Großenhain; Frau verm. Arthurhaus-Inspektor Juliane Große (89 J.) in Leipzig-Deusch; Dr. Erich Heber, Beamter der Dresdener Bank in Leipzig-Deusch; Hrn. Korvettenkapitän a. D. Wilhelm Gangel in Köpenick bei Berlin (Moriz, 2 1/2 J.); Dr. Frh. Schuberth, Eisenbahngeselle in Dresden.